

Wöchentlich 66 Bl., monatlich 3,60 M.
im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.
einzelständig 60 Bl., Postzeitung 60 Bl.
und 72 Bl., Postbestellgebühren, Auslands-
abonnements 6.— M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Drucksachen-
porto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
ist im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“, Berner „Frauenstimme“,
„Lebhaft“, „Wohlfühl in die Arbeiterwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatte“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 392-397 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37336 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Tel. S. u. Tele.-Ges., Depostenk., Jerusalemstr. 65-66.

Sonnabend
31. Januar 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konpareille
60 Pfennig, Reklamelle 4.— Reichs-
markt, „Kleine Anzeigen“ des ein-
gedruckte Wort 25 Pfennig (gültig zwei
frühergedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig, Stielangelegenheit das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Zeile 60 Pfennig, Familienanzeigen Zeile
40 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochentlich
von 6½ bis 17 Uhr.

Ein neues Osthilfeprojekt.

Landbund und Industrie gegen Reich und Staat.

Obwohl seit Mitte Dezember ein fertiger Gesetzentwurf über die Osthilfe vorliegt, der nach grundsätzlicher Billigung durch alle in Frage kommenden Instanzen jederzeit vom Reichskabinett dem Reichstag zugeleitet werden könnte, sind in den letzten Wochen, insbesondere seit der Rückkehr des Reichskanzlers von seiner Ostreise, immer neue Osthilfeprojekte von den Interessenten aufgestellt worden.

Im Vordergrund des Interesses steht ein Entwurf, der gewisse industrielle und agrarische Wünsche miteinander verknüpft. Nach diesem Entwurf soll das Aufkommen aus der Aufbringungsumlage der Industrie im Jahre 1932 zum größten Teil und vom Jahre 1933 ab in vollem Umfange einem Zweckvermögen zugeführt werden, das von der Bank für Deutsche Industrieobligationen verwaltet werden soll. Etwa vier Fünftel dieses Zweckvermögens sollen für landwirtschaftliche Umschuldungshypotheken ausgeteilt werden. Träger der Umschuldungsaktion sollen sogenannte Haftungsoverbände der umgeschuldeten Landwirte werden, die einen Teil des Ausfallrisikos der Umschuldungshypotheken tragen und die erforderlichen Leistungen durch eine Umlage von ihren Mitgliedern erheben sollen.

Bei der Durchführung der Umschuldung sollen die staatlichen Stellen weitgehend ausgeschaltet werden. Dagegen soll das Reich die gesamte Zinsklast für die umgeschuldeten Landwirte übernehmen, während deren eigene Leistungen ausschließlich der Tilgung der ihnen gewährten Umschuldungsdarlehen angerechnet werden sollen.

Mit Hilfe einiger zunächst noch in keiner Weise in ihrer Durchführung gesicherten Finanztransaktionen, für die der Kredit des Reichs eingesetzt werden soll, sollen Anleihebeiträge aufgebracht werden, die teils mit Hilfe von Sonderleistungen des Reichs, teils aus dem in den nächsten Jahren zu erwartenden Aufkommen aus der Industrieabgabe getilgt und vom Reich verzinst werden sollen.

Dieses Projekt, das im Gegensatz zu dem noch vor sechs Wochen vom Reichskabinett grundsätzlich gebilligten Gesetzentwurf steht, wird von einigen Reichsstellen im Augenblick ernsthaft diskutiert. Obwohl zuzugewandt ist, daß die Beschränkung der mit der Osthilfe verbundenen agrarpolitischen Maßnahmen auf das gegenwärtige Osthilfegebiet im wesentlichen nur finanzielle Gründe hat, und bei einer Erweiterung der gegebenen finanziellen Möglichkeiten eine Einbeziehung weiterer Teilgebiete des deutschen Ostens in die Osthilfe notwendig ist, so erscheint es angesichts der ernsten Finanzlage des Reichs unmöglich, schon heute auf Reichseinnahmen in Höhe von sechshundert Millionen Mark für die Zwecke der landwirtschaftlichen Osthilfe zu verzichten. Vielmehr erscheint es zweckmäßig, die Ausdehnung erst dann vorzunehmen, wenn sich die Erfahrungen aus der gegenwärtig im Gange befindlichen Osthilfe übersehen

lassen und über die Lage der Reichsfinanzen größere Klarheit besteht.

Jedenfalls aber ist ein Verzicht auf Reichseinnahmen zugunsten eines Sondervermögens der Industrie nicht zu verantworten.

Mit Recht haben maßgebende Politiker bürgerlicher Parteien kürzlich davon gesprochen, daß der Charakter der politischen und wirtschaftlichen Mächte öffentlich-rechtlichen Charakters in Deutschland unerträglich werde und die Durchführung einer einheitlichen Staatspolitik mehr und mehr unmöglich mache. In dieser Zeit, in der die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands so ernst ist wie noch nie, sollten neue Träger großer wirtschaftlicher Machtbefugnisse außerhalb des Bereiches der Staatspolitik nicht ins Leben gerufen werden. Gegen die Schaffung eines solchen Zweckvermögens der Industrie spricht insbesondere auch die Tatsache, daß das agrarische Vorbild dieses Zweckvermögens, die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, keineswegs die anfangs vielfach in sie gesetzten Erwartungen erfüllte.

Auch die andere, in dem erwähnten Osthilfeprojekt vorgesehene Neuschöpfung, die öffentlich-rechtlichen Haftungsoverbände umgeschuldeten Landwirte, kann schon unter diesem Gesichtspunkt nicht gebilligt werden. Ihre Ueberflüssigkeit bedarf kaum eines Beweises, bestehen doch in allen preussischen Provinzen und außerpreussischen Ländern öffentlich-rechtliche Verwaltungskörperschaften der Landwirtschaft und freie landwirtschaftliche Verbände und Vereine privaten Charakters in großer Zahl. Neben die Ueberzahl landwirtschaftlicher Organisationen noch eine neue Organisation zu setzen, deren Konstruktion offensichtlich nur den einen Zweck hat, der Reichs- und Staatsregierung berechtigten Einfluß zu verwehren und Funktionen zu übernehmen, die besser von bereits bestehenden Behörden von Reich und Staat ausgefüllt würden, ist weder unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsreform noch unter dem einer Konzentration der Regierungsgewalt in den Händen der Reichs- und Staatsregierung vertretbar.

Offenbar handelt es sich hier um ein Gegenseitigkeitsgeschäft zwischen dem Reichsverband der Deutschen Industrie und dem Reichslandbund, die die Vielzahl der öffentlichen Gewalt in Deutschland um zwei neue Organisationen bereichern wollen, in denen die gegenwärtig in beiden Organisationen einflussreichen Gruppen sich für die Dauer Stützen ihrer Macht sichern wollen.

Abgesehen davon, daß es für die Reichsregierung schwierig sein sollte, einem solchen privaten Interessentenpakt ihre Sanction zu geben, bleibt es unverständlich, wie ein solches Projekt die Zustimmung der ausschlaggebenden Länder und eine Mehrheit im Reichstag finden soll!

Der polnische Volksprotest.

Pilsudski ist gründlich erkannt.

Man schreibt uns aus Polen:

Der Sejm hat über die moralischen und physischen Torturen im Pilsudski-Gefängnis von Brest-Litowsk gesprochen. Er hat es so getan, wie von einem Abgeordnetenhaus zu erwarten war, dessen Mandate die Regierung der Bevölkerung geraubt, erpreßt und erschwindelt hat. Das die Sejm-Mehrheit, wie es Knechten geziemt, alles schlucken wird, was die Regierung ihr vorsetzt, hatte niemand bezweifelt; dazu wurden diese „Volksvertreter“ ja gekauft. Unentschieden war nur, ob Pilsudski eine Gerichtskomödie veranstalten werde, die mit der Freisprechung seiner Bluthunde und mit der gerichtlichen Feststellung enden würde, daß die gefolterten Oppositionsführer sich die Wunden in boshafter Weise selbst beigebracht hätten und daß sie nur deshalb Stroh aus den Strohfäden gekaut hätten, um Hunger vorzutäuschen und ihre Henker effektvoller zu verleumdern! Manche sahen den mächtigen Eindruck dieser Folterungen auf das bisher indifferente Publikum und glaubten, daß die gemeinsten Folterknechte leicht bestraft und dafür entsprechend entschädigt würden; hat doch der oberste Henkersknecht Kosteł-Bjernaży das Kreuz der Unabhängigkeit mit den Schwertern erhalten.

Die Kenner der Verhältnisse waren dessen gewiß, daß der Zynismus der jetzigen Machthaber keinerlei Konzessionen machen werde. Um der steigenden Protestwelle zu begegnen, hat die Regierung durch ihre Presse und ihre sonstigen Propagandamittel stets wiederholt, man müsse das Urteil abwarten, die Schuldigen würden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Der jetzige Sejm aber hat jedem Gerichtsverfahren einen Riegel vorgeschoben. Pilsudski erklärte in einem Interview, er bekomme genaue Berichte über die Vorgänge im Brest-Litowsk. Der Kriegsminister Konarzewski, ein noch heute schwer polnisch sprechender russischer General, hat durch Armeebefehl allen Offizieren verboten, der Bresler Henkersknechten verächtlich entgegenzutreten, da sie alles auf strikten Befehl ihrer Vorgesetzten getan haben. Die Henker selbst erklärten ihren Opfern, sie würden alles ausführen, auch Morde, wenn Pilsudski es ihnen befehle. Der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Supinski, erklärte im Juristenverband, er verdamme zwar die ganz unerhörten Quälereien von Brest, er sei aber gegen einen Beschluß des Verbandes, den gewesenen Justizminister Tar als höchsten Richterkommandanten während der Folterzeit von Brest und den damaligen Staatsanwalt und jetzigen Justizminister Michalowski vor das Verbandsgericht zu stellen, um ihre Ausschließung zu bewirken; der oberste Richter Polens begründete diese Stellungnahme damit, daß nicht die Justiz, sondern der Kriegsminister (Pilsudski) die oberste Leitung des Militärgefängnisses von Brest innegehabt habe.

Danach müßte vor allem Pilsudski auf die Anklagebank, aber er hat sich selbst als oberste Autorität proklamiert, er verweigerte sogar Generalen, die er in unfähigster Weise beschimpft hat, die standesübliche Genugtuung. So schloß er einen Schimpfbrief an den General Josef Haller — das Original wurde im Sejm herumgereicht — mit den Worten: Grundgesetz, daß Gewalt vor Recht gehe und sagt mit altrömischen Kaisern: „Sie volo, sie jubeo“ (So will ich's, so befehle ich's). Die Straflosigkeit der Verbrecher von Brest ist einer solchen Weltanschauung ebenso selbstverständlich wie die Auflösung des Juristenverbandes und alle anderen Gewalttaten.

Der amtierende Justizminister Michalowski mußte sich in öffentlicher Sejm-Sitzung von dem jüngsten Bresler Häftling, dem sozialistischen Abgeordneten Dubois, der Lüge überführen lassen, da er als Staatsanwalt die Anwälte und die Angehörigen seiner Opfer frech angelogen hat. Pilsudski aber gibt sich über seine Stellung im Staate jetzt keiner Täuschung hin. Mit den Rechtsauffassungen der Jaren hat er auch ihre grenzenlose Angst geerbt. Im verhängten und verschlossenen Salonwagen fuhr er durch Europa. In Warschau wird er raffinierter geküßt als früher selbst die russischen Generalgouverneure und der Selbstherrscher. Auf der befestigten Insel Madeira wohnt er in einer von hoher Mauer umgebenen Villa, und er hat sie erst ein einziges Mal verlassen, um den Festungskommandeur zu besuchen. Zutritt zu dieser Villa haben sich bisher nur — zwei polnische Handelsjuden verschaffen können, vorgelesen wurden sie freilich nicht. Dem sie empfangenden Arzt erklärten sie, sie wollten Pilsudski für den zu erwartenden Besuch in Palästina ihren Dank abstellen, denn sie schreiben der angeblichen Einladung des polnischen Diktators durch die britische Regierung nach Palästina große Bedeutung zu.

Als die Wahrheit über Brest noch nicht genug durch-

Deutscher Flieger in Polen gelandet.

Gefahr eines neuen Konflikts.

Warschau, 30. Januar.

Heute vormittag ist bei Wolkstein in Polen ein deutsches Flugzeug, das von Schneidemühl nach Breslau unterwegs war, notgelandet. Die Maschine war nur mit dem Piloten Hans Gruze besetzt. Die polnischen Behörden haben die Maschine bis auf weiteres beschlagnahmt und den Flugzeugführer unter Aufsicht gestellt.

Zwischen der Notlandung polnischer Flieger bei Oppeln und diesem Ereignis bestehen sehr wesentliche Unterschiede.

Die Polen, die vor das Oppelner Gericht kommen, sind Militärflieger — Gruze steuerte ein Verkehrsflugzeug. Militärfliegern ist es verboten, ohne besondere Erlaubnis über deutsches Reichsgebiet zu fliegen, dagegen besteht ein deutsch-polnisches Luftfahrtabkommen, das die grenznahen Verkehrslinien aufzählt und Straflosigkeit unabsichtlicher oder notgedrungenen Luftgrenzverletzung verbürgt. Schon die Festhaltung des deutschen Piloten und seiner Maschine ist nicht Recht, sondern Gewalt. Würde Polen aber, wie die „M.“ einem polnischen Heftblatt entnimmt, das Oppelner Gerichts-urteil über die polnischen Militärflieger zur Grundlage entsprechender Behandlung des deutschen Verkehrsfliegers machen, so würde es damit einen neuen und schweren Konflikt herbeiführen.

Günther Plüschow abgestürzt.

Ueber Feuerland tödlich verunglückt.

Nach südamerikanischen Zeitungsberichten ist Günther Plüschow, der „Flieger von Tjingtau“, bei einem Flug über dem Feuerland mit dem Flugzeug abgestürzt und getötet worden. Mit ihm soll auch sein Begleiter, dessen Name noch nicht bekannt ist, ums Leben gekommen sein.

Günther Plüschow ist als der „Flieger von Tjingtau“ bekannt. Nach dem Krieg unternahm Plüschow mehrere Forschungsfahrten nach Südamerika. Im Feuerland drehte er den bekannten Film „Silberkondor über Feuerland“. Erst im Vorjahr trat er eine neue Expedition nach Patagonien, dem „Land seiner Sehnsucht“, an.

Finnland entschuldigt sich.

Für die Abschiebung von Kommunisten.

Moskau, 30. Januar.

Die wiederholten Vorstellungen des Sowjetgesandten in Helsinki wegen der gewaltsamen Vertreibungen finnländischer Kommunisten über die Sowjetgrenze sowie wegen Kundgebungen gegen Import von Sowjetwaren haben dazu geführt, daß der finnländische Außenminister dem Sowjetgesandten das Bedauern wegen dieser Vorfälle ausgesprochen und Vorsorge, um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu verhindern, versprochen hat.

gedrungen war, traten die geachteten Professoren der Universität Krakau mit einem Manifest hervor, das in unterschiedener Weise die Schandtat von Brest verurteilt. Bald folgten die Professoren aller polnischen Hochschulen und Leute aus allen Volksschichten. Nur einige Professoren von fragwürdiger wissenschaftlicher Qualität haben sich in Dankbarkeit gegen die Regierung, die sie aus ihrem Nichts zur Professur erhoben hat, der Unterzeichnung des Protestes geweigert oder gar für Brest demonstriert. Diese akademischen Knechte Pilsudskis haben denjenigen Studenten, die sich der Anti-Brest-Bewegung angeschlossen, die Seminare gesperrt und bei den Prüfungen Pilsudskis Rechtsmethoden gegen sie angewendet. Gewaltig besuchte Studentenversammlungen protestieren leidenschaftlich gegen diese Verpflanzung der Diktatur in die Hallen der Wissenschaft.

Zwei Generäle haben öffentlich die Brest-Borgänge verurteilt. Der Posener Brigadegeneral Jaleski hat die Henker als Feiglinge bezeichnet, die nicht würdig seien, die Uniform zu tragen; General Kujel, ein namhafter Historiker und gewesener Kommandeur der Militärakademie, richtete einen offenen Brief an Genossen Dr. Lieberman als gewesenen Legionsoberleutnant und bringt ihm wegen seines Opfermutes, seiner glänzenden politischen Tätigkeit und seiner unentwegten Charakterstärke eine öffentliche Huldigung dar. Ueberhaupt ist Lieberman ungeachtet aller Unterschiede der Konfession und des politischen Glaubensbekenntnisses das Objekt leidenschaftlicher Ovationen, wenn sie sich auch nur in Worten und Briefen, nicht in Straßentumulten äußern können.

Auch die Leute um Pilsudski erkennen jetzt, daß die Borgänge von Brest und ihre Folgen ein ganzes Netz von Lüge, Betrug und Verbrechen zerrissen haben. Eine ganze Reihe unaufgeklärter Verbrechen hat jetzt die Lösung der Analogie gefunden. Kein Zweifel mehr, daß General Zagorsti ermordet worden ist, daß General Rozwadowski vergiftet worden ist. Alle fühlen jetzt: wer Brest begangen hat, der hat auch die anderen Verbrechen auf dem Gewissen!

Fürstenprotest gegen das Recht.

Warschau, 30. Januar.

Am Auswärtigen Ausschuss des Senats nahm der Vorsitzende, „Fürst“ Lubomirski, zu einem Brief Stellung, den der Obmann des Auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer, Paul Boncour, und der Präsident der französisch-polnischen parlamentarischen Gruppe, Locquin (beide Sozialisten), seinerzeit an Marshall Pilsudski wegen des Wählerrats gerichtet haben. Diesen Brief hat der Marshall niemals beantwortet. Lubomirski verwahrte sich sehr entschieden gegen den Versuch der beiden französischen Politiker, sich in innere Angelegenheiten des polnischen Staates einzumischen. Das Ansehen des polnischen Staates könne eine solche Einmischung nicht gestatten.

Vor einigen Tagen hat der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, „Fürst“ Janusz Radzimirski, eine noch entschiedener formulierte Erklärung gegen Boncour und Locquin abgegeben.

Nachdem der Senat den ukrainischen Antrag auf Untersuchung der „Befreiungsaktion“ in Ostgalizien abgelehnt hat, beschloß sich jetzt auch der Verwaltungsausschuss des Senats mit einem ähnlichen ukrainischen Antrag. Mit neun Stimmen gegen drei nahm der Ausschuss eine Entschlüsselung an, in der die

Strafexpeditionen in den drei Ostwojewodschaften gebilligt werden. Der Schlussatz der Resolution besagt, daß der Senat das gesamte dem Antrag als Begründung beiliegende Material „dem Innenminister zur Verfügung“ stellt. Diese Formulierung wird als eine leise Mißbilligung der Ausschreitungen gedeutet, deren sich das polnische Militär und die Polizei während der Strafexpedition schuldig gemacht haben.

Das Jorns-Urteil.

Jorns bleibt verurteilt.

Das Urteil im Jorns-Prozess, das dem Redakteur Bornstein eine Geldstrafe von 500 M. und dazu die Gerichtskosten auferlegt, wird von der Öffentlichkeit, die sich längst selbst ein Urteil gebildet hat, als ein Kompromiß gewertet werden, das aus dem Ergebnis der Beweisaufnahme und dem Wunsch des Reichsgerichts gebildet worden ist.

Das Gericht hat sich in der Begründung vor dem Rechtsgefühl des Volkes verbeugt, das sich gegen das Ergebnis des Prozesses gegen die Diebthat-Mörder empört hat. Es hat sich ebenso vor dem Angeklagten verbeugt — aber es hat ihn verurteilt.

Hingegen hat es sich vor dem wirklichen Angeklagten des Prozesses, vor Herrn Jorns, nicht verbeugt. Es hat ihn entschuldigend, wie das Reichsgericht befahl, hat ihm aber immer noch fahrlässige Unterlassungen und Handlungen bescheinigt.

Bornstein ist verurteilt, Herr Jorns darum aber nicht freigesprochen!

Nun gilt es, die Konsequenzen zu ziehen. Es ist unmöglich, daß dieser Mann hoher Justizbeamter bleibt. Sein Name ist inzwischen für die Deffenlichkeit zum Symbol geworden für jene Justiz, zu der kein Vertrauen möglich ist.

Der Zensurskandal.

Bürokratische Verlegenheitsreden.

Der Skandal der Zensur hat Erklärungen von zuständigen Stellen hervorgerufen. Diese Erklärungen ergehen sich in verlogenen Redewendungen, sie schweigen vollständig über den Kern der Sache. Die Verantwortlichen müssen nicht glauben, daß diese Angelegenheit mit einigen nichtsagenden Redensarten erledigt werden kann. Es handelt sich darum, daß Recht gebrochen und zynisch in sein Gegenteil verkehrt worden ist, es handelt sich darum, daß parteipolitischer Terror von einer Reichsbehörde an Stelle des Rechts gesetzt worden ist.

Die republikfeindliche Tendenz dieses Spruches liegt so klar zutage, daß jeder Republikaner ohne Ausnahme ihn als eine Schmach und eine Verhöhnung des Gesetzes empfindet!

Dauerplätze in Chicago. Die Stadtverwaltung von Chicago kann wiederum die Gehälter der Beamten nicht zahlen.

Alte Tardieu-Mehrheit für Laval.

Kammer spricht Vertrauen mit 312 gegen 258 Stimmen aus.

Paris, 30. Januar. (Eigenbericht.)

Die Kammer hat der Regierung Laval nach ausgiebiger Debatte über die allgemeine Politik mit 312 gegen 258 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die neue Regierung Laval, der Zahl nach die achte seit den Neuwahlen von 1928, hat sich am Freitag dem Parlament vorgestellt.

Die allgemeine Stimmung den neuen Männern gegenüber war nicht gerade günstig. Laval, in der Arbeiterbewegung und in der sozialistischen Partei großgeworden, hat mit der Bildung seines jetzigen ausgesprochen reaktionären Kabinetts den endgültigen Bruch mit seiner Vergangenheit vollzogen. Schon deshalb steht die sozialistische Partei seiner Regierung in schärfster Opposition gegenüber. Auch die Radikalen haben der neuen Regierung bereits den Krieg erklärt und für die erste Vertrauensabstimmung Fraktionszwang beschloffen. Im reaktionären Lager selbst regt sich ebenfalls starke Unzufriedenheit. Laval wollte zwar auf die Unterstützung der reaktionären Marin-Gruppe nicht verzichten, trotzdem brachte er es fertig, den Links- und Mittelparteien gegenüber die Weiterentwicklung der religionslosen Schule zu versprechen. Marin aber hat ihm die schärfste Feindschaft angesetzt, falls er dieses Versprechen in die Tat umsetzen sollte.

Man kann sich vorstellen, daß

Die Regierungserklärung

unter den obwaltenden Umständen recht farblos und vorläufig ausgefallen ist. Im Vorderfeld gibt Laval zunächst der Linken, im Nachfeld der Rechten alle möglichen Zusagen. Charakteristisch für diese Schaukelpolitik ist das erste Kapitel der Regierungserklärung, das von der Außenpolitik handelt. Frankreich wolle den Frieden, so heißt es im ersten Satz, und die neue Regierung werde daher methodisch und geduldig alle Bemühungen um die Organisation des Weltfriedens in enger Zusammenarbeit mit allen denjenigen Regierungen fortsetzen, die von dem gleichen Friedenwillen und von dem gleichen Glauben an den Wert der Verträge befeuert seien. Aber — so wird in einem Nachsatz schleunigst hinzugefügt — darüber werde man weder die Sorge um die nationale Sicherheit preisgeben noch die bereits bestehenden Bande mit den befreundeten Nachbarstaaten vergessen. Im zweiten Kapitel über die nationale Sicherheit wird nicht weniger widerspruchsvoll erklärt, daß man zwar entschlossen sei, sich einer gerechten und rationellen Abklärung anzuschließen, trotzdem aber die Politik der nationalen Verteidigung fortsetzen werde, da sie allein die Sicherheit und die Unabhängigkeit Frankreichs garantieren könne.

In der Schulpolitik wird der Ausbau der kostenlosen Einheitschule, gleichzeitig aber auch die volle Lehrfreiheit zugesagt. In der Sozialpolitik werden ohne nähere Erläuterung „praktische und wirksame Reformen“ versprochen. Es folgt dann die Aufzählung der wichtigsten parlamentarischen Arbeiten, die zur Erledigung stehen, ausgegangen von der Genehmigung des Budgets und des Finanzjahresplans zur Hebung der Wirtschaft bis zum besonderen Schutz der Landwirtschaft und dem industriellen Ausbau der Kolonien.

Die Wirtschaftskrise.

Die sich in Frankreich gerade in dem Augenblick besonders fühlbar mache, wo im Ausland schon die ersten Anzeichen einer Besserung sich zeigten, müsse durch eine Politik des Preisabbaus und der Rationalisierung bekämpft werden. Gleichzeitig werde man sich auch den Bemühungen anschließen, die eine wirtschaftliche Reorganisation Europas zum Ziele hätten. Unter leiser Anspielung auf den Oustic-Skandal verspricht die Erklärung dann die Stärkung der öffentlichen Moral und strengste Gerechtigkeit allen gegenüber. Sie schließt mit einem recht bescheiden klingenden Aufruf an die Eintracht unter den Parteien im Dienste der nationalen Interessen.

Die Aufnahme der recht lang geratenen Regierungserklärung war ziemlich frostig. Die Sozialisten und die übrigen Linksparteien verzeihen nicht, die einzigen „zwar“ und „aber“ in jedem Programmpunkt mit ironischen Zurufen zu unterstreichen. In der allgemeinen Aussprache ergriff zunächst der kommunistische Abg. Cachin das Wort, um in einer schon traditionell gewordenen Rede zu behaupten, wieviel besser es dem Proletariat in Rußland als in der übrigen Welt ergehe.

Der radikale Abg. Richard erinnert im weiteren Verlauf der Kammerdebatte zunächst an die sozialistische Vergangenheit Laval's und zitierte sein eigenes Wort aus jener Zeit:

Eine nationalsozialistische Fälschung.

Ganz im Stile der bekannten Nordbege.

Der „Völkische Beobachter“ vom 28. Januar bringt an der Spitze des Blattes einen Artikel „Zentrum und Sozialdemokratie betreiben die moralische Entwaffnung Deutschlands“. Aus einem Artikel von Hermann Müller für den „Chicago Herald and Examiner“ wird folgender Passus im Feinddruck zitiert:

„Seit dem Kriegsende hat das katholische Zentrum zusammen mit der Sozialdemokratie die moralische Entwaffnung Deutschlands betrieben und der ermordete Minister Erzberger, das Haupt der deutschen Abrüstungskommission, war das blutige Opfer auf dem Altar der Erfüllung dieser Politik.“

In Wirklichkeit ergibt die exakte Uebersetzung des betreffenden Abschnitts folgendes:

„Seit Kriegsende ist das katholische Zentrum zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei für moralische Entwaffnung eingetreten und der ermordete Minister Erzberger, das Haupt der deutschen Waffentilgungskommission, war das blutige Opfer auf dem Altar der Erfüllung dieser Politik.“

Dadurch, daß der völkische Uebersetzer hinter der Formel „moralische Entwaffnung“ das Wortchen „Deutschland“ eingefügt hat und statt Waffentilgungskommission Abrüstungskommission setzte, ist der Sinn dieser Auslassung bemerkt gefälscht worden.

Türkel und Europa. Die türkische Regierung soll beschloffen haben, die Einladung des Völkerbundesrates zur nächsten Tagung des Europa-Studienkomitees anzunehmen. Die türkische Delegation werde von dem Außenminister Tewfik Ruchdy begleitet werden. In den politischen Kreisen der Türkei glaubt man, daß auch die Sowjetregierung die Einladung des Völkerbundesrates annehmen werde.

Die Bourgeoisie sei schon so sehr im Abstieg begriffen, daß sie ihre Minister aus den Müllkästen der Sozialistischen Partei zusammen suchen müsse!

Aber auch Laval habe es heute für gut befunden, die Arbeiterschaft preiszugeben und sich dem Kapitalismus anzuschließen. — Sein Kabinett sei noch reaktionärer als das Tardieu's. Man brauche nur daran zu denken, daß 20 seiner Mitglieder noch im letzten Jahre gegen die Einheitschule gestimmt hätten, die sie jetzt auszubauen und zu entwickeln versprochen hätten.

Der sozialistische Abg. Paul Faure erinnerte an die Tatsache, daß er noch 1919 mit Laval im gleichen Wahlkreis und auf dem gleichen Wahlvorschlagn kandidiert habe. Die sozialistische Partei habe sich in Laval aufs Schwerste getäuscht. Mit lebhaften Worten erwiderte Laval: „Herr Faure, ich habe mich in Ihnen getäuscht!“ Weiter erklärte Paul Faure, daß die Regierung Laval nur eine Uebergangsgovernment sei und nur den Platz für Tardieu freihalten solle. Sofort erhob sich Tardieu, als wenn er noch Ministerpräsident wäre, um zu protestieren. Seine ungestüme Intervention wird von den Abgeordneten der Linken mit schärfsten Zwischenrufen gekennzeichnet. Zum Schluß seiner Rede erklärte Faure, die Regierungserklärung sei leer, weich und inhaltslos gewesen, genau wie die neue Regierung nichts anderes sei als ein schönes Zeugbild.

Laval

suchte in geschickten Ausführungen, die auf der Rechten und bei der Mitte stürmischen Beifall fanden, die von den verschiedenen Rednern vorgebrachten Kritiken zu widerlegen. Er appellierte an die Kammer, die dringenden Arbeiten zu erledigen, darunter auch die Kredite für die nationale Verteidigung. Die Außenpolitik müsse fortgeführt und dürfe nicht durch ständige Kritik in Frage gestellt werden.

Aus der Debatte ist neben einem scharfen Rededuell zwischen Herriot und Laval über die Einheitschule vor allem wiederum ein

Angriff Franklin-Bouillons gegen die Außenpolitik Briands

hervorzuhoben. Franklin-Bouillon behauptete, die Lage in Deutschland sei mehr als gefährlich, man sehe vor dem Bürgerkrieg. Noch kürzlich habe die Sozialdemokratische Partei sich genötigt gesehen, einen Emisär, und zwar den Redakteur des „Vorwärts“, Schiff, nach Paris zu schicken, um die französischen Genossen zu alarmieren. (?) Franklin-Bouillon behauptete weiter: von einem polnischen Bericht des preussischen Innenministers Remnis erhalten zu haben, worin die Tatsache enthüllt werde, daß 400 000 Hitler-Garden an der polnischen Grenze konzentriert (?) seien. Diese Nachricht könne jeden Augenblick dazu benutzt werden, entweder einen Ueberfall auf Polen auszuführen oder gegen Berlin loszumarschieren.

Die „Enthüllung“ des Nationalistenführers Franklin-Bouillon über die angebliche Pariser „Mission“ des Genossen Victor Schiff ist ebenso lächerlich wie alle übrigen Erzählungen dieses Deutschnarrs.

Wahr ist, daß Genosse Schiff auf der Durchreise von Gené, wo er die deutsche Parteipresse bei der Einweihung des neuen „Doornik“-Gebäudes am 11. Januar vertrat, nach Gené zur Berichterstattung über die Völkerbundtagungen, die am 16. Januar begannen, sich vier Tage in Paris aufhielt, um sich dort als Journalist über die innen- und außenpolitische Lage zu informieren.

Dabei trat er selbstverständlich mit den führenden französischen Genossen in Führung. Er wurde bei dieser Gelegenheit von der sozialdemokratischen Kammerfraktion empfangen, der er in einer zweistündigen Sitzung Aufklärungen über die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland und über die Politik der deutschen Sozialdemokratie gab.

Ohne die übrigens weltbekannten großen politischen Schwierigkeiten zu verschweigen, die sich aus der Zusammensetzung des neuen Reichstages und der Haltung des Bürgertums ergeben, und ohne die schweren wirtschaftlichen Gefahren zu beschönigen, die ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit für Deutschland bedeuten würde, gab Schiff am Schluß seiner von der französischen Fraktion mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Darlegungen der Ueberzeugung Ausdruck, daß es der Sozialdemokratie mit Hilfe des Zentrums gelingen würde, die faschistische Gefahr in Preußen und folglich auch im Reich zu überwinden.

Von einem besonderen Auftrag, die französische Partei zu „alarmieren“, kann also überhaupt nicht die Rede sein.

Italiens Vordringen in Afrika.

Unruhe in Frankreich.

Paris, 30. Januar. (Eigenbericht.)

Der Siegesjubel der Faschistenprelle über den militärischen Erfolg der italienischen Truppen in Tripolis hat hier Mißtrauen erweckt. Man ist sich darüber klar, daß die Faschisten die Eroberung der Dase Afrika und die Niederbringung der Senussi zu einer neuen diplomatischen Offensive gegen Frankreich benutzen wollen, zumal die Faschistenpresse aus dieser Absicht nicht den geringsten Hehl macht. Die französische Regierung ist bisher den italienischen Wünschen nach einer Grenzverbesserung zwischen Tunis und Tripolis recht weitgehend entgegengekommen; sie soll auch jetzt zu neuen Gebietsabtretungen bis zu dem Gebirgsmassiv von Tibesti bereit sein, allerdings unter der Bedingung, daß vorher ein Ausgleich in den italienischen Flottenforderungen erreicht wird. Der Widerstand gegen diese neue Konzeption ist jedoch in Frankreich recht groß und man behauptet, daß sie nicht nur die Kontrolle über die Karawantenstraßen nach dem Tsad-See an Italien ausliefern, sondern auch das italienische Konkurrenzprojekt gegen die geplante französische Transaharabahn stark begünstigen würde.

Keine Einigung in Lancashire!

London, 30. Januar. (Eigenbericht.)

Die am Freitag unter Leitung von Macdonald, Henderson und Arbeitsminister Underhills in London stattgefundenen Einigungsvorläufe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Lancashire Aussperrungsgebietes sind gescheitert.

Der Etat Schiele.

Dauerberatungen im Ausschuss.

Die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft im Ausschuss für den Reichshaushalt hat in diesem Jahr einen Umfang angenommen, wie noch in keinem Jahr zuvor. Auch in der Freitagssitzung des Ausschusses konnte die Spezialberatung noch nicht zu Ende geführt werden. Die in diesem Jahre ganz besonders zahlreichen, mit sehr hohen Beträgen dotierten Sammelfonds, aus denen das Ministerium den verschiedensten Zweigen der Landwirtschaft Subventionen zu gewähren imstande ist, nötigten zu eingehender Aussprache.

Dabei bemühte sich die sozialdemokratische Fraktion durch ihre Sprecher Schmidt-Köpenick, Frau Wurm und Heinig zunächst einmal eine größere haushaltsrechtliche Klarheit in die verschiedenen Posten zu bringen. Das ist in zahlreichen Fällen gelungen. So wurde die Ermächtigung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit von Titeln, die die betreffenden Titel außer für die Ministerialabgeordneten völlig undurchsichtig macht, überaus getrichelt. Ebenso wurden bei mehreren Titeln von der Sozialdemokratie beantragte Bestimmungen angenommen, nach denen dem Reichsrat und dem Haushaltsausschuss mit der Haushaltsrechnung eine Nachweisung vorzulegen ist, aus der die Verwendung der Mittel dieses Titels und die Bedingungen in bezug auf Zinsfuß, Auszahlungshöhe, Rückzahlung und Nebenleistung hervorgehen, die bei Vergabe von Darlehen den Darlehensnehmern auferlegt werden. Die sachlichen Abänderungsanträge der Sozialdemokratie verliefen dagegen vielfach der Ablehnung.

Beim Kapitel Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft erluchte der Zentrumsgesandte Dr. Schreiber, diesen wichtigsten Teil des ganzen Ernährungsetats besondere Förderung zu gewähren.

Unmittelbar bevor die Sitzung wegen der vorgerückten Stunde abgebrochen werden mußte, brachte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Quast noch einen Antrag ein, der die Bereitstellung von 50 Millionen als erste Rate für die Entscheidung der Landwirtschaft verlangte. Der Antrag sei dringlich, weil die Gefahr bestehe, daß die Beratung und Verabschiedung der bekannten Augenbergschen Gesetzentwürfe durch erneute Vertagung des Reichstages verhindert werde. Bemerkenswert an der Begründung war der scharfe Ton, den der Antragsteller von Beginn an gegen den Ernährungsminister Schiele anstimmte.

Die Volkspartei lädt einen Revolver.

Forderungen an Brüning.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei setzte am Freitag ihre Verhandlungen fort und teilt darüber folgendes mit:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich in Fortsetzung ihrer Beratungen mit der Finanzlage des Reiches. Die Auffassung der Fraktion über die Unrichtigkeit der Etatsansätze in den Einnahmen und die nicht genügende Bemerkung des Niederganges der Konjunktur ist inzwischen durch die Ausführungen des Herrn Reichsfinanzministers im Haushaltsausschuss ausdrücklich bestätigt worden. Da gleichwohl der Reichsfinanzminister bis jetzt keine Anstalten getroffen hat, den Reichshaushalt durch die in dem Antrag der Deutschen Volkspartei geforderten Ersparnisse von mindestens 300 Millionen Mark vor der von ihm selbst zugestanden Gefahr zu schützen, hat die Reichstagsfraktion ihren Vorsitzenden beauftragt, dem Herrn Reichsfinanzminister keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Fraktion mit aller Entschiedenheit auf ihrer Forderung beharren müsse. Die Fraktion wird in einer weiteren Sitzung beim Zusammentritt des Reichstages zu dem Ergebnis der Besprechungen mit dem Herrn Reichsfinanzminister Stellung nehmen.

Verleumder müssen vor Gericht.

Aus dem Geschäftsausschuss des Reichstages.

Der Geschäftsausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit nationalsozialistischen Anträgen, in denen die Einstellung der gegen eine Reihe von Abgeordneten schwebenden Strafverfahren verlangt wird. Ein Antrag, das gegen den Abgeordneten Dr. Böpelmann beim Provinzialhochschulrat der Provinz Brandenburg und von Berlin schwebende Disziplinarverfahren einzustellen, wurde abgelehnt. Ebenso lehnte der Ausschuss die Einstellung des gegen den Abgeordneten Wiskens beim Amtsgericht Hannover schwebenden Strafverfahren wegen Beleidigung ab. Endlich wurde die Aufhebung des gegen den Abgeordneten Teichow beim Amtsgericht Harburg-Wilhelmsburg schwebende Privatklageverfahren wegen Beleidigung abgelehnt. Eine Reihe von Fällen erledigte sich dadurch, daß vom Gericht bereits die Einstellung des Verfahrens beschlossen worden ist. Einige weitere Fälle wurden vom Ausschuss zurückgestellt.

Professorenlotau vor Fried.

Rektorenwahl auf Befehl.

Weimar, 30. Januar. (Eigenbericht.)

Die Universität Jena wählte den Direktor der Universitätsaugenklinik, Professor Böschlein, im zweiten Wahlgang zu ihrem Rektor.

Als vor wenigen Tagen Professor Pope von der juristischen Fakultät zum Rektor gewählt wurde, ließ Herr Fried den Senat der Universität wissen, daß ihm dieser Rektor „minder genehm“ sei. Der Senat protestierte nicht etwa gegen diese bewusste Mißachtung der Entscheidungsfreiheit der Universität, sondern besetzte sich, dem parteipolitischen Wandel des Herrn Fried Rechnung zu tragen, indem er Pope fallen ließ und jetzt Böschlein an seine Stelle gesetzt hat. Pope fiel, weil er bis vor sechs Jahren Sozialdemokrat war, ohne sich jedoch in der Folgezeit noch weiter politisch zu betätigen. Böschlein folgte ihm, weil er seinerzeit dem Ruf des Sozialdemokraten Greil nach Jena nicht gefolgt war.

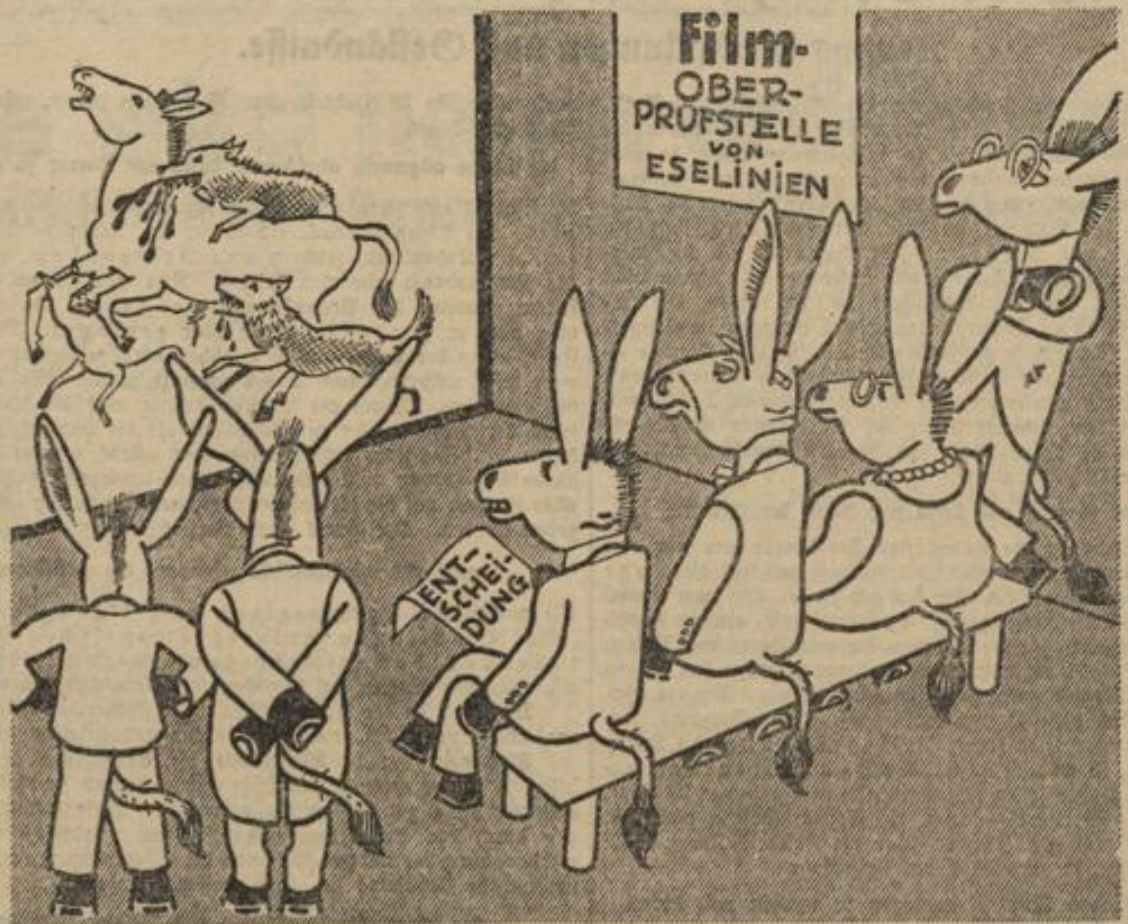
Waffenlager auf einem Gute.

60 Gewehre und ein Maschinengewehr gefunden.

Elbing, 30. Januar.

Vom Postzeipräsidium Elbing wird mitgeteilt: Im Kreise Stuhm auf dem Gute Gintza, ist vor einigen Tagen ein Waffenlager gefunden worden, bestehend aus 60 Infanteriegewehren Maderl 98 und einem leichten Maschinengewehr, komplett mit den erforderlichen Ersatzteilen und 400 Schuß Munition. Die Waffen wurden von der Polizei beschlagnahmt und sichergestellt. Die weiteren Ermittlungen über die Herkunft sowie die Besitzer der Waffen sind noch nicht abgeschlossen.

Aus Eselinien.



„Dieser Film zeigt, wie ein Esel von Wölfen zerrissen wird. Da zu erwarten ist, daß die Wölfe hieran Anstoß nehmen, so wird der Film für ganz Eselinien verboten!“

Fassadenkletterer Sprenger.

Der Reford-Diätenschluder muß zurückzahlen!

Die Feststellungen, daß der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Sprenger für fünf Tage neben seinen Bezügen als Postinspektor 362,50 Mark an Aufwandserschädigungen vom Reichstag, vom Staatsrat und vom Verwaltungsrat der Reichspost erhalten hat, ist der nationalsozialistischen Presse so unangenehm, daß sie sie vollkommen verschweigt. Selbstverständlich erfahren die nationalsozialistischen Leser auch nichts davon, daß Herr Sprenger unrechtmäßig 60 Mark für Reiseerschädigung beantragt hat, obwohl er überhaupt keine Reise gemacht hat, für die er Gebühren erhalten durfte. In Frankfurt a. M., dem Wohnort von Sprenger, wo er Stadtrat ist, haben die Nazis in der letzten Stadtverordnetenversammlung zu den Vorwürfen gegen ihren „Führer“ Stellung nehmen müssen. Aber wie? Ihr Redner hat nicht etwa das Verhalten von Sprenger verurteilt, sondern offen erklärt, Sprenger werde „inzwischen in Berlin etwas gelernt“ haben und

„warum solle er nicht einmal Diäten schluden, soweit er bekommen könne“.

Sprenger scheint allerdings inzwischen doch ein Licht darüber aufgegangen zu sein; denn er hat sich trotz seines einnehmenden Wesens herabgelassen, 30 Mark von seinen zuziel erhobenen Gebühren an die Reichspost zurückzuliefern. Man wird dieses Eingeständnis der Schuld mit Genugtuung als einen Erfolg der öffentlichen Kritik an dem Verhalten Sprengers begrüßen können. Es bleibt aber die Frage: Wann wird Herr Sprenger die zweiten zuziel erhobenen 30 Mark zurückzahlen, wann wird er sich wegen seiner zu hohen Ansprüche an die preussische Staatskasse zu einer Verringerung bequemen, und was wird von der Reichspost und dem preussischen Staat gegen den Herrn Postinspektor geschehen, der keinen Dienst tut und nichts zur Einnahmehbeschaffung für die Reichspost beiträgt, sondern nur für seine eigene Tasche sorgt.

Zur Abrundung des Bildes dieses fleiblichen Herrn sei eine Aeußerung aus seiner Reichstagsrede vom 9. Dezember zitiert. Dort sagte Herr Sprenger gegen die Linke:

„Was verstehen denn Sie von dem Beamtenum und seiner Pflicht? Sie kennen davon nur eines, das ist die Futtertrippe. Jene Hingabe, die Pflicht, Dienst am Volke zu

tun, ohne Rücksicht auf Entgelt, ohne Rücksicht auf Einkommen, ohne Rücksicht auf Dienststunden, ist in Ihren Kreisen doch unbekannt... Erst als Sie mit Ihren Parteibuchbeamten — ich möchte beinahe sagen: wie Fassadenkletterer — in die Beamtenaufbahn hineingeklettert waren, als Sie durch Korruption aller Art diese bis dahin saubere Beamtenerschaft in Mißkredit in der Öffentlichkeit gebracht hatten...“

Nach Herrn Sprenger ist also jeder Parteibuchbeamte ein bestechliches Subjekt, der wie ein Fassadenkletterer einen Griff in die Kasse machen möchte. Wir glauben, daß nach diesen Aussprüchen jeder — außer Herrn Sprenger selbst — in ihm den reinsten Typ des Fassadenkletterers erkennen wird. Zu diesem Wortführer ist der nationalsozialistische Reichstagsfraktion nur zu gratulieren. Wir haben den dringenden Wunsch, daß er noch lange Zeit ihr Wortführer bleiben wird!

Hilfer gegen Sprenger?

Die neueste Nummer des „Illustrierten Beobachters“ der Nazis enthält eine Abhandlung Hüfers über „Kampfkraft und Auslese“, die wie eine Anklage gegen den Fassadenkletterer Sprenger klingt. Hüfer schreibt:

„Höchste Aufgabe der Organisation ist es, dafür zu sorgen, daß nicht irgendwelche inneren Uneinigkeiten innerhalb der Mitgliedschaft der Bewegung zu einer Spaltung und damit zur Schwächung der Arbeit in der Bewegung führen. Infolge ihres ersten Sieges sind so viele schlechte, unwürdige, besonders aber feige Elemente in die Organisation der Partei gekommen, daß diese Minderwertigen über die Kampfkraftigen schließlich das Übergewicht erlangen und die Bewegung nun in den Dienst ihrer eigenen Interessen zwingen, sie auf das Niveau ihrer eigenen geringen Heilenshaftigkeit herunterdrücken und nichts tun, den Sieg der ursprünglichen Idee zu vollenden.“

Die Nazibewegung in den Dienst seines „eigenen Interesses“ gestellt hat Herr Sprenger. Wo gehört er zu jenen „schlechten und unwürdigen“ Elementen, von denen Hüfer oben spricht. Was Herr Sprenger zur Last gelegt wird, fällt damit auf die Nationalsozialistische Partei zurück. Sie redet von der „Reinheit“ im politischen Leben und tut in der Praxis, wie der Fall Sprenger zeigt, das Gegenteil!

Die Genossenschaftszersplitter.

Schwierigkeiten des Konsumvereins in Gotha.

Gotha, 30. Januar. (Eigenbericht.)

Der Zusammenbruch des Konsumvereins in Halle wirkt sich auch auf den unter kommunistischer Leitung stehenden Bezirkskonsumverein in Gotha aus. Um den Verein zu halten, hat der Geschäftsführer in einer Betriebsratsitzung die Zustimmung des Betriebsrates zu einem Lohnabbau bis zu 20 Proz. und den Verzicht auf Bezahlung von rund 900 Überstunden, die in den letzten vier Wochen vom Personal geleistet wurden, gefordert. Er betonte dabei ausdrücklich, daß die Leitung mit aller Schärfe ihre Forderungen vertreten werde.

Der Betriebsrat hat die Zustimmung zu dieser ungeheuren Forderung mit der Motivierung abgelehnt, daß er erst mit den in Frage kommenden Gewerkschaften Rücksprache nehmen müsse.

Die Offiziere vom Reichswasserschutz.

Übernahme auf Preußen.

Ein großer Teil der vom Reichswasserschutzministerium zur Übernahme in die preussische Polizei vorgeschlagenen Offiziere des Reichswasserschutzes ist inzwischen in den preussischen Staatsdienst eingestellt worden. Die mehreren dieser Offiziere in der Presse vorgeworfene Betätigung für staatsfeindliche Organi-

sationen hat sich erfreulicherweise als unzutreffend herausgestellt. Insofern sind die Offiziere durch den Erlaß des preussischen Innenministers, nach dem vor der Einstellung dieser Offiziere Erkundigungen über deren politische Betätigung eingeholt werden mußten, rehabilitiert worden.

Von den aus dem Mannschaftsstand hervorgegangenen und in der Vorschlagsliste des Reichswasserschutzministers nicht verzeichneten Offizieren des Reichswasserschutzes sind ebenfalls mehrere in den preussischen Staatsdienst übernommen worden.

Die Deutschen in Prag betrogen — wie wir in Berichtigung einer von uns abgedruckten Agenturmeldung mitteilen — auch nach der Steigerung ihrer Zahl nur 4,9 Proz. der Stadtbevölkerung; die Steigerung allerdings beträgt 36 Proz. Wären über 20 Proz. aller Prager Deutsche, so wäre Deutsch in Amt und Gericht gleichberechtigt mit der Staatsprache. Die Hauptstadt ist von dieser Bestimmung nicht ausgenommen.

Der Belastungssteuere in Galassowitzer Prozeß. Gemeindepflichtiger Dolezit aus Galassowitz, der die Überfälle der Aufständischen in seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender des Kurständischen Verbandes mittelbar organisiert hat, ist offenbar als Belohnung für seinen während des Prozesses bewiesenen „Patriotismus“, zum Leiter des Verwaltungsamtes in Pawlowitz ernannt worden.

Konflikt in Australiens Arbeiterpartei. Außer dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Newton ist auch der Minister Lyons aus der australischen Arbeiterregierung ausgeschieden. Dadurch hat sich der wegen der Wiedereinstellung des Finanzministers Theodore innerhalb der Arbeiterpartei ausgebrochene Konflikt wesentlich verschärft.

Die Kage aus dem Sack!

Krupps Enthüllungen und Geständnisse.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Friedrich-Krupp-A.G., die vor zwei Tagen durch ihre „Verlustbilanz“ allgemeine Heiterkeit auslöste und selbst die so misgelaunte Börse in eine freundlichere Stimmung versetzte, hat nunmehr in der Generalversammlung die Begründung zu den „Verlusten“ gegeben. Diese Begründung ist in Wahrheit nur die Enthüllung, daß die „Notmaßnahme“ von Ruhrort-Weidewich, wo die Vereinigten Stahlwerke die Stilllegung nur unter der Bedingung nicht vornehmen wollen, daß die Belegschaft sich mit einem Lohnabbau von 20 Proz. einverstanden erklärt, wogegen die Schwerindustriellen der Belegschaft größtmäßig für acht Monate — mit der Einschränkung von 10 Proz. Fehlerschlüssen — „garantieren“. Schon die unerhörte Bemerkung des fassam bekannten Dr. Jarres, die elend entlohnten Schwerarbeiter der Vereinigten Stahlwerke hätten einen um 20 bis 25 Proz. zu hohen Lebensstandard, ließ vermuten, daß es sich um einen

allgemeinen Angriff auf Lohn und Tarif der Arbeiter

handelt. Der Vorschlag der Vereinigten Stahlwerke war nur eine Falle. Dr. Krupp von Bohlen und Halbach hat jetzt die Kage aus dem Sack gelassen. Er hat das in der ihm nun einmal eigenen ungeschickten Weise getan, verdrängt mit einigen wohlwollenden Redensarten für die Arbeiter, die man Herrn von Bohlen gern glaubt. Weshalb man ihn wohl auch vorgeschoben hat. Denn daß heute kein Mensch mehr den Boensgen, Böglers, Grauert usw. glaubt, davon sind diese Herren wohl selbst schon überzeugt.

Wir müssen aber schon sagen, die Begründung, die Krupp von Bohlen gab, ist wirklich nicht als Qualitätsarbeit anzusprechen. Die Löhne sollen allgemein also nochmals um 20 Proz. gesenkt werden. Warum? — Weil die Schwerindustrie pleite ist, sagt dem Sinne nach Dr. Krupp. Was die Friedrich-Krupp-A.G. nicht gehindert hat, im abgeschlossenen Krisenjahr

für 17½ Millionen Mark Neuanlagen zu machen und davon glatt 16 Millionen abzuschreiben.

Was den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Friedrich-Krupp-A.G. nicht hindert, in Aussicht zu stellen, daß auch in diesem Jahr „die notwendigen Mittel für die weitere Modernisierung“ der Anlagen der Friedrich-Krupp-A.G. bereitgestellt würden. Für ein Unternehmen, das angeblich 4½ Millionen Verluste erlitten hat, ist das ganz nett.

Herr Dr. Krupp will der Öffentlichkeit einreden, daß die Steuern und die Soziallasten in Deutschland weit höher seien als im Ausland. Man braucht hier nur die Frage zu stellen, ob in dem Hauptkonkurrenzlande, das hier in Frage kommt, in England, die Steuern, die auf den Unternehmungen liegen und die Soziallasten geringer sind als in Deutschland? Oder will jemand behaupten, daß die Löhne in England niedriger sind als in Deutschland?

Der Vorschlag, den Dr. Krupp macht, mag ihm verteuert schau

vorkommen, in Wirklichkeit aber ist er sehr dumm. Dieser Vorschlag geht dahin,

die Löhne allgemein abzubauen, dann auf Vorrat zu arbeiten,

im Hinblick auf die nun in Bälde eintretende Steigerung des Wages. Die Abschleiferung erhofft sich Dr. Krupp natürlich nicht vor dem Lohnabbau, sondern vom Preisabbau, der infolge des Lohnabbaues eintreten könnte. Nun gibt es zwei Möglichkeiten: entweder der Preisabbau ist größer als der Lohnabbau, oder aber er ist ebenso groß oder geringer. Im letzteren Falle, wenn der Lohn- und Preisabbau verallgemeinert wird, lehrt man zum ursprünglichen Ausgangspunkt zurück. Es kam nicht besser werden. Wenn die Schwerindustrie aber die Absicht haben sollte, die Preise mehr zu beschneiden, als die Senkung der Selbstkosten durch die Lohnsenkung ausmachen würde, warum versucht sie diesen Preisabbau nicht ohne Lohnabbau durchzuführen? Das sind alles Fragen, auf die die Schwerindustriellen schwerlich eine Antwort geben werden. Der Zweck ihres Vortrages ist,

nicht ein wirtschaftlicher, sondern ein politischer.

Sie wollen den Tarifvertrag beseitigen und überhaupt „eine Rückbildung unserer öffentlichen Einrichtungen auf das notwendige und vernünftige Maß“, wie Herr von Bohlen auf der Generalversammlung ausführte.

Diese nur in der Form unbestimmte Forderung ist klar genug, um jedem zu zeigen, wohin die Schwerindustriellen steuern.

Was aber hat in Wirklichkeit die Selbstkosten der Schwerindustrie immer mehr in die Höhe getrieben und sie schließlich „auf einsamer Höhe zur Erstarrung gebracht“? Diese Selbstkosten sind, wie durch den Enqueteauschuss festgestellt worden ist, verursacht worden durch die Ueberausdehnung der Eisenindustrie und die damit verbundene Erhöhung der fixen Kosten. Es ist

die fehlerhafte Wirtschafts- und Betriebsführung,

die diese Selbstkosten so unermesslich in die Höhe getrieben hat. Diese fixen Kosten können auch in Krisenzeiten nicht abgebaut werden und drücken um so empfindlicher auf die Unternehmungen.

Statt aber umzukehren und das Tempo dieser falschen Rationalisierung zu mäßigen, kündigt der Vorsitzende der Friedrich-Krupp-A.G. noch an, daß die Mittel aus den ersparten Lohnkosten zur weiteren Vermehrung der fixen Kosten verwendet werden sollen. Und diese auf den Gipfel der Rationalität getriebene Unfähigkeit in der Wirtschaftsführung beansprucht für sich das Recht eines Monopols in Politik und Wirtschaft!

Wir sind der Meinung, daß die Herren von der Schwerindustrie alle Ursache hätten, still und bescheiden über ihre Fehler nachzudenken und die Diaper zu bringen, die der Größe ihrer Fehler entsprechen.

Genf und die Arbeitslosigkeit.

Zweifelhafte Theorien und Vorschläge.

Genf, 30. Januar. (Eigenbericht.)

Die Kommission des Internationalen Arbeitsamtes zur Prüfung des Arbeitslosenproblems hat am Freitag nach scharfen Auseinandersetzungen ihren Bericht an den Verwaltungsrat fertiggestellt. In ihm werden zuerst die Ursachen der Arbeitslosigkeit aufgezählt und dann die Maßnahmen, die zu ihrer sofortigen Wilderung und allgemeinen Bekämpfung für notwendig gefunden werden.

Ueber die Frage der Arbeitszeit und der Löhne konnten sich die Arbeiter und die Unternehmer nicht einigen, weshalb dem Verwaltungsrat beide sich einander widersprechenden Anschauungen vorgelegt wurden.

Als Ursachen der Arbeitslosigkeit

zählt der Bericht periodisch wiederkehrende und durch die Umwälzung des Krieges und der Nachkriegszeit bewirkte Umstände auf. 1. Die landwirtschaftliche Ueberproduktion in einigen Produkten durch besonders gute Ernten und die ohne Rücksicht auf die verminderte Konsumfähigkeit gesteigerten Anbauflächen. 2. Die anarchische Produktion der Industrie, die in keinem Verhältnis zur Nachfrage steht. 3. Den Mangel an Verträgen, der eine ungleiche Geldverteilung, schlechte Kapitalzirkulation und große Einschränkungen zur Folge hatte. 4. Der Preissturz des Silbers mit seinem katastrophalen Einfluß in den Ländern mit Silberwährung. 5. Die zu hohen Produktionskosten gewisser Länder. 6. Die Unruhe im internationalen Handel durch die Entwicklung neuer Produktionszentren zusammen mit den künstlichen Hemmungen des internationalen Austausches. 7. Die politischen Hindernisse, die sich der rationalen Ausbeutung der Weltreichtumsquellen entgegenstellen. Darüber sollen endgültige weitere Erhebungen vom Internationalen Arbeitsamt und dem Völkerbund angestellt werden.

Als dringende Maßnahmen

werden den Regierungen empfohlen: 1. Systematische Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit dem Ziel der Zusammenarbeit zur Aufstellung von Programmen für die Beschäftigung Arbeitsloser und zur nötigen Wiedereinstellung der von den technischen Auswüchsen betroffenen Erwerbslosen. 2. Die Entwicklung der Unterbringung und Versicherung gegen teilweise und volle Arbeitslosigkeit durch sofortige Staatshilfe, ohne die Wiedereinstellung von Arbeitern in Bedarfsberufen in oder außer Landes zu gefährden. 3. Öffentliche Arbeiten, dazu mit Hilfe des Völkerbundes Verständigung über gemeinsame Durchführung großer internationaler Arbeiten. 4. Politik der internationalen Zusammenarbeit für Freizügigkeit und Unterbringung von Arbeitern in Bedarfsberufen zur Erweiterung der Aufnahmemärkte für Arbeitende. 5. Zusammenarbeit der nationalen Wirtschaften mit dem Ziel, die vollkommene Gemeinwirtschaftlichkeit herzustellen.

Ueber Maßnahmen hinsichtlich der

Arbeitszeit und der Löhne

in bezug auf die Arbeitslosigkeit konnte sich die Kommission nicht einigen. Die Unternehmer und die Arbeiter haben verschiedene Anschauungen aufgestellt. Die Arbeiter verlangen eine gerechte Verteilung der Arbeitszeit oder des Arbeitslages bzw. der Arbeitswoche, mit Rücksicht auf die Steigerung des Ertrages, der in

der Industrie durch die Vervollkommnung der Produktionsmethoden entstanden ist. Ferner fordern sie direkte Mittel, um die Arbeitslöhne zu steigern in den Ländern, in denen die Löhne augenblicklich ungenügend sind, um dadurch einen unerträglichen Faktor der Konkurrenz zu beseitigen und die Kaufkraft zu steigern.

Die Unternehmer behaupten dagegen, daß die von den Arbeitern vorgeschlagenen Maßnahmen nicht nur unwirksam seien, sondern dem verfolgten Zweck entgegenarbeiteten und noch viel größere und schwere Unruhe hervorrufen könnten. Sie sind überzeugt, daß eine der wichtigsten Maßnahmen, um das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen, darin bestehen muß, die Produktionskosten und die Handelspreise in der Weise zu vermindern, daß die Kaufkraft der Gesamtheit der Verbraucher durch eine Erweiterung der Beschäftigung erreicht werde.

Es ist natürlich kaum möglich, auf Grund eines notwendig gedrängten Auszugs eines umfangreichen Berichts sich ein Urteil zu bilden. Immerhin scheinen uns manche der angegebenen Ursachen der Arbeitslosigkeit auf recht zweifelhafte Theorien zurückzuführen. Auch die Vorschläge zur Besserung scheinen in einigen Punkten denselben Mangel aufzuweisen. Wir im Brennpunkt der Wirtschaftskrise wissen, daß gewisse Umstände die Krise verschärfen oder mildern können, aber sie treffen nicht den Kern: die überhäufte, übersteigerte Rationalisierung — hauptsächlich eine Folge des Warenhungers nach dem Kriege — d. h. die Uebersteigerung der fixen, die Zurückdrängung der variablen Kosten.

Die Reformkommission.

Was Dr. Sgrup dazu gesagt hat.

Dr. Sgrup, der Präsident der Reichsanstalt, schreibt uns zu dem in unserer Abendausgabe vom Donnerstag veröffentlichten Artikel „Reichsanstalt und Reform“, daß er in seiner einleitenden Rede zum Haushalt der Reichsanstalt die von der Regierung eingesetzte Kommission begrüßt habe, weil es sich diesmal um Persönlichkeiten handle, „die in voller Unabhängigkeit auf Grund wissenschaftlicher Forschung oder allgemein wirtschaftlicher Erfahrungen neue Wege weisen sollten.“

Im späteren Verlauf der Verhandlungen,“ schreibt Dr. Sgrup weiter, „habe ich — ohne jeden Zusammenhang mit dieser Kommission — zum Ausdruck gebracht, daß man für diese schweren Wintermonate nicht an eine weitere Verfeinerung der Versicherungsbestimmungen denken möge. Ich habe ferner ausgesprochen, daß bei solchen Verfeinerungen stets abzuwägen sei, ob die hierdurch erzielten Verbesserungen im Verhältnis ständen zu der damit entstehenden Verwaltungsarbeit, und daß eine solche Ueberprüfung seitens der Versicherungspraxis mir erwünscht erscheine. Auch diese Ausführungen bezogen sich nicht auf die Kommission, die ja nach ihrer Aufgabe und Zusammenfassung sich voraussichtlich nicht mit solchen Einzelfragen der Gesetzgebung beschäftigen wird.“

Hierzu nur eine Bemerkung. Ueber die Zusammenfassung der Kommission ist die Öffentlichkeit jetzt unterrichtet. Sie ist nicht so, wie man nach der ersten Ankündigung fürchten mußte.

Aber was ist die Aufgabe der Kommission. Dr. Sgrup sagt nur, die Kommission soll „neue Wege weisen“.

Neue Wege der Versicherung? Neue Wege der Arbeitsbeschaffung? Der Arbeitsvermittlung? Der Berufsausbildung? Der Finanzierung?

Der Fragentempel, der sich einem aufdrängt, wenn man von „neuen Wegen“ hört, ist damit noch nicht erschöpft. Dazu diese diplomatische Geheimnisträgerei in einem mit Fragen gespickten Problem, das leider nur zu sehr im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht! Es läge auch im Interesse der Kommission, wenn die Regierung endlich klar aussprechen würde, welchen Auftrag die Kommission eigentlich hat.

Chemigraphen in Abwehrfront.

Entschiedener Widerstand gegen Lohnabbau.

Die Chemigraphen sind innerhalb des Verbandes der Lithographen und Steinbrücker eine Berufsgruppe, die sich infolge ihrer organisatorischen Stärke in den Zeiten der Konjunktur verhältnismäßig hohe Individuallöhne errungen hat. Auf Grund ihrer vorbildlichen Solidarität, die sie stets auch gegenüber den arbeitslosen Berufskollegen übten, ist es den Unternehmern bei leichteren Konjunkturrückschlägen nie möglich gewesen, die einmal erreichten Löhne zu drücken.

Nunmehr sind auch die Unternehmer im Chemigraphengewerbe von der Lohnabbauphase befallen worden. Sie halten jetzt bei Zeit für gekommen, die Löhne der Chemigraphen in dem jetzt üblichen Umfange zu „nivellieren“. Es gibt im Chemigraphengewerbe keine Tariflöhne. Lediglich für die Jungausgelernten sind tarifliche Mindestlöhne festgesetzt. Alle üblichen Löhne unterliegen der freien Vereinbarung. In Berlin haben einige Firmen an ihre Gehältern das Anfinnen gerichtet, sich mit einem Abbau ihrer Individuallöhne einverstanden zu erklären. Im allgemeinen werden 10 bis 15 Proz. Lohnabbau verlangt. Für den Fall, daß sich die Chemigraphen mit dem Lohnabbau nicht abfinden wollen, wird ihnen ganz unverhüllt die Kündigung angedroht.

Die Unternehmer haben aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. In sechs Betrieben haben bereits sechzehn Chemigraphen, nach denen man zuerst die Lohnabbauführer ausstreckte, ihre Arbeit quittiert. Sie haben mannhaft an ihren gewerkschaftlichen Grundfesten festgehalten und es auf sich genommen, lieber einige Wochen ohne Arbeitslosenunterstützung zu leben, als sich dem Diktat der Unternehmer zu fügen.

Nur in einem Betriebe hat ein großer Teil der Belegschaft nicht so viel Rückgrat gezeigt. Die Schwäche dieser Verbandsmitglieder wurde in der gestrigen Chemigraphenversammlung, an der von den rund 1400 Berufangehörigen in Berlin über 1200 teilnahmen, auf das schärfste mißbilligt. In der Versammlung kam der einstimmige Wille der zu 100 Proz. organisierten Berliner Chemigraphen zum Ausdruck, die einmal errungenen Löhne mit allen Mitteln zu verteidigen.

Damit das beschämende Beispiel bei der einen Firma nicht Schule macht und die Widerstandskraft der Berufangehörigen in den Betrieben noch gefährdet wird, beschloß die Versammlung einstimmig die sofortige Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages von 2 M. Die auf Grund dieses Beschlusses einkommenden Mittel sollen zur Unterstützung der Verbandsmitglieder verwendet werden, die infolge ihres Widerstandes gegen den Lohnabbau arbeitslos werden sollten. Lebensfalls werden die Chemigraphen den Buchdruckereibesitzern für die in den nächsten Tagen beginnenden Tarifverhandlungen nicht das Argument liefern, daß im graphischen Gewerbe bereits Löhne abgebaut worden seien.

Tarifabschluß in der Spritzgußindustrie.

Der kommunistische Verband führt — ein geruhiges Leben.

Für die Betriebe der Spritzgußindustrie, die nicht zum Verband Berliner Metallindustrieller gehören, besteht ein Tarifvertrag, abgeschlossen zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Verband Deutscher Spritzgußfabriken G. B.

Die Unternehmer dieser Gruppe hatten das bisherige Lohnabkommen gekündigt, um einen Lohnabbau von 10 Proz. vorzunehmen. Sie erklärten, daß sie hauptsächlich für die Großindustrie arbeiten und daher auch nicht mehr in der Lage seien, die alten Löhne weiterzuzahlen.

In stundenlangen Verhandlungen war es der Verhandlungskommission der Arbeiter möglich, zu erreichen, daß die alten Löhne bis zum 1. März 1931 weitergezahlt werden. Ab 1. März 1931 erfolgt ein Abzug für die im Lohn Arbeitenden, Gelehrten und Angehörigen von 5 Pf., für die Ungelernten von 3 Pf. und für die Weiblichen von 2 Pf. pro Stunde. Die Akkordpreise werden um 4 Proz. gekürzt. Dieses Lohnabkommen läuft bis einschließlich 1. August 1931.

Der kommunistische „Einheitsverband der Metallarbeiter“, der in der Spritzgußindustrie einige Mitglieder hat, hatte großspurig in der „Roten Fahne“ erklärt, daß er diese Lohnbewegung „führen“ würde. Am Sonntag fand auch eine Versammlung des „Einheitsverbandes“ statt, in der jedoch auch nur „beschlossen“ wurde, daß die „Führung“ dieser Bewegung der „Einheitsverband“ übernehmen soll.

In der Versammlung, die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufen wurde, ist beschlossen worden, über das Verhandlungsergebnis in den Betrieben eine Urabstimmung stattfinden zu lassen. Diese Urabstimmung ergab eine übergroße Mehrheit für die Annahme des Verhandlungsergebnisses.

Vergänglich sucht man in der kommunistischen Presse eine Ankündigung oder Mitteilung über die „führende“ Aktion des angeblichen Einheitsverbandes.

ÖÖD-Metallarbeiter, Ostliche Nordwesten, Mosbit, Weidling, Gelnhausen und 28. Verwaltungsbereich. Sonntag, 10 Uhr, Versammlung bei Gelnhausen, Lindener Str. 26.
ÖÖD-Metallarbeiter. 45. 46. und 47. Abteilung treffen sich Sonntag, 10 Uhr, bei Herr. Raumannstr. 9.
ÖÖD-Metallarbeiter Westfalen. Versammlung am Sonntag, 10 Uhr, Uebelkollne, Weidlingstr. 8.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute sind folgende Veranstaltungen: Sportfest: Freie um 19½ Uhr, Nummer 26 der Jugendheute. — Kellnerkassen: 19 Uhr im Unterstübchen der Berliner Gewerkschaftshalle, Einzellos 24-25, 2. Dof. 1 Treppe rechts. Es spricht Genosse Richard Schulz über „Gewerkschaften und Berufsschulen“. — Morgen, Sonntag, sind folgende Veranstaltungen: Kellnerkassen: Freie um 19½ Uhr im Unterstübchen der Berliner Gewerkschaftshalle, Einzellos 24-25, 2. Dof. 1 Treppe rechts. Es spricht Genosse Richard Schulz über „Gewerkschaften und Berufsschulen“. — Morgen, Sonntag, sind folgende Veranstaltungen: Kellnerkassen: Freie um 19½ Uhr im Unterstübchen der Berliner Gewerkschaftshalle, Einzellos 24-25, 2. Dof. 1 Treppe rechts. Es spricht Genosse Richard Schulz über „Gewerkschaften und Berufsschulen“. — Morgen, Sonntag, sind folgende Veranstaltungen: Kellnerkassen: Freie um 19½ Uhr im Unterstübchen der Berliner Gewerkschaftshalle, Einzellos 24-25, 2. Dof. 1 Treppe rechts. Es spricht Genosse Richard Schulz über „Gewerkschaften und Berufsschulen“.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Weiser; Kultur: R. D. Pöhl; Soziales und Genossenschaft: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Klotz; Schriftlich in Berlin: Verlags-Veranstaltung G. m. b. H., Berlin, Prof. Botzmann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Geyer & Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2, Stern 2 Belagen.

Grüne Woche wird heute eröffnet.

Deutschlands größte landwirtschaftliche Ausstellung in den acht Berliner Messehallen.

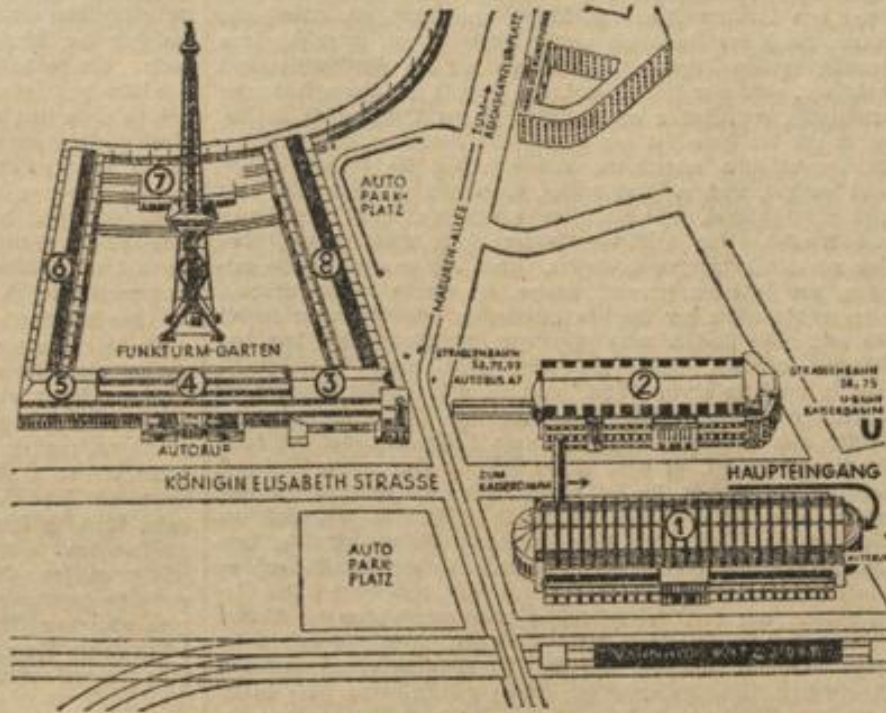
Heute vormittag wird in den acht Ausstellungshallen am Kaiserdamm die bisher größte und bedeutendste landwirtschaftliche Hallenausstellung der Reichshauptstadt, die sechste „Grüne Woche Berlin 1931“, und damit gleichzeitig die erste große deutsche Ausstellung dieses Jahres eröffnet werden.

Die riesige Ausstellung, die unter tatkräftiger Mitarbeit aller zuständigen Reichs- und Staatsbehörden zustande gekommen ist, will vor allem die Gegenwartsprobleme der Landwirtschaft einer Lösung näherführen. Die große landwirtschaftliche Schau, die mit ihren vielen Sonderveranstaltungen, so die Lehrschau „Technik in der Landwirtschaft“, eine große Naturforschungs- und Jagdausstellung, sowie zahlreiche Tierausstellungen — man sieht ausgezeichnete Geflügel-, Brieftauben-, Kaninchen- und Rassehundschau — nimmt insgesamt eine Ausstellungsfläche von rund 55 000 Quadratmetern ein. Wie man bei der gestrigen Vorbesichtigung, an der auch als der zuständige Magistratsdezernent für das Messwesen, der sozialdemokratische Stadtrat Czerninsky teilnahm, feststellen konnte, ist die schwierige Aufgabe, eine so gewaltige, umfassende Schau verständlich und stets interessierend darzubieten, hervorragend gelungen. Für die gewaltige Arbeit gebührt dem Berliner Messamt hohe Anerkennung.

In einer kurzen Ansprache an die Pressevertreter wies der Direktor der Ausstellung, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin, Dr. Schick, darauf hin, daß die 6. Grüne Woche Berlins, die an Umfang, wie an Vielfältigkeit und Bedeutung alle ihre Vorgängerinnen übertrifft, ein großes Berliner Ausstellungsjahr einleitet. Die Ausstellung habe die in der gegenwärtigen Notzeit doppelt wichtige Mission zu erfüllen, einerseits zur Wiederentdeckung der dänischen Landwirtschaft und andererseits der Aufklärung der weitesten Volksschichten über die möglichen Wege, die aus der deutschen Wirtschaftskrise herauszuführen, beizutragen. Die Begrüßungsworte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft überbrachte Ministerialdirigent Dr. Boffe. Die große Ausstellung wird heute vormittag feierlich eröffnet werden. Mehr noch als in früheren Zeiten wird die 6. Grüne Woche Berlins auch ganz besonders das Interesse der arbeitenden Bevölkerung beanspruchen dürfen und auch finden werden. Die Ausstellung dauert bis zum 8. Februar.

Was zu sehen ist.

Ein Rundgang zeigt, daß tatsächlich, sowohl auf die Besucher aus der Stadt, wie auch vom Lande, zahlreiche Überraschungen warten. In der ersten Halle bietet sich den Eintretenden, in lichten, aber ruhigen Farben gehalten, der architektonisch schön ausgestaltete Ehrenhof. In seiner Mitte erhebt sich ein riesiger Bau, das sogenannte „20-Milliarden-Modell“. Am Beispiel des letzten Wirtschaftsjahres soll gezeigt werden, welche Summen in Deutschland für die wichtigsten Lebens- und Genussmittel von der Bevölkerung ausgegeben worden sind, und wieviel davon den deutschen und ausländischen Landwirten zufließen. Das Erfreuliche und Besondere an der 6. Grünen Woche ist, daß man



LAGEPLAN NACH DEM RUNDGANG GEORDET

Halle 1. Sonderausstellungen: Produktionsumstellung und Absatzförderung / Technik in der Landwirtschaft / Milch-, Butter- und Käse-Schau. Industrieschau für die Abteilungen: Landwirtschaft / Milch Gartenbau / Ickerei. Halle 2. Internationales Reit- und Fahrturnier: Übergang (Oberschloß) Kaninchenausstellung. Freigelände: Industrieschau. Halle 3. Die Abteilungen: Geflügelzucht und ländliche Hauswirtschaft. Halle 4. Vom 31. 1.—3. 2. Geflügelausstellung / Brieftaubenschau / Eier- und Schlachtgeflügelwettbewerb. / Vom 7. 2.—8. 2. Rassehundausstellung. Halle 7. Allgemeiner Bedarf. Halle 6. Naturschulzausstellung / Angelparc. Industrieschau für die Abteilungen: Jagd / Forstwirtschaft / Angelparc. Halle 5. Deutsche Jagdausstellung 1931. Halle 4. Festhalle (Hauptrestaurant).

sich keineswegs nur der graphisch lesbar gemachten Statistik bedient. Sehr lebendige Darstellungen zeigen beispielsweise in einer der Gruppen, wie der Zustand bemüht ist, seine Arbeit zu schärfen. Wir finden weiter einen richtigen, nach den modernsten hygienischen Ansprüchen aufgebauten großen Viehstall, lebende Kühe und Schweine. Daneben wird demonstriert, wie das richtig gemästete Vieh geschlachtet werden muß, um später allen Anforderungen der Hygiene zu genügen. In einer der großen Hallen ist die große Industrie- und Hauswirtschaftsausstellung, die in diesem Jahr besonders stark besucht werden wird. Die einzelnen Hallen sind sehr weit voneinander durch Rolltreppen und unterirdische Ladestrafen verbunden. Sie führen uns in die neue Autohalle, in der die große Kaninchenausstellung untergebracht ist. Das Erdgeschoss ist der Schauplatz des internationalen Reitturniers, das bis zum Schluß der Ausstellung andauert. In der dritten Halle tönt uns ein ohrenbetäubendes Geplätscher und Gepolter entgegen. Hier ist die Lehrschau „Geflügelzucht“ untergebracht. Sie dürfte für zahlreiche Besucher und gerade auch für Laubendbesitzer vielerlei Wissenswertes bringen. Mehr als 5000 Prachtexemplare unseres Federviehs sind hier in fünf Abteilungen zur Ausstellung gebracht. In einer der nächsten Hallen finden wir eine große Naturschulzausstellung, veranstaltet von der Staatlichen Stelle für Naturschutz und Naturdenkmalspflege in Pruzhen. Es ist dies die erste Veranstaltung dieser Art. Dank der Mitarbeit des Zoologischen Gartens der Stadt

Berlin ist es möglich gewesen, auf einem fast 100 Quadratmeter großen, künstlich angelegten Teich die unter Schutz gestellten Vogelarten durch lebende Exemplare ihrer Gattung den Besuchern vorzuführen. Nicht vergessen wollen wir die Angelparc-Ausstellung, die Jagdausstellung und vor allem die Kunstausstellung.

Die große Funthalle hat ein ganz besonders freundliches Gesicht erhalten. Sie ist in ein liches, festliches Gewand gekleidet. Sie soll eine riesige Hofstube „Huhn und Ei“ darstellen. Hier wird man auch tanzen können. Gestern waren die Arbeiter noch damit beschäftigt, zwei riesige, spelegetzarte Tanzflächen aufzubauen.

Die Eröffnung der vom 31. Januar bis 8. Februar 1931 dauernden 6. „Grünen Woche Berlin“ findet heute, 10 Uhr, im Empfangssaal der Halle I statt. Bei dem von musikalischen Darbietungen umrahmten Eröffnungsakt nehmen nach einer Begrüßung durch den Leiter der „Grünen Woche Berlin“, Hans Jürgen von Hake, die Herren Reichsminister Dr. h. e. Schiele, Staatsminister Dr. h. e. Steiger und Bürgermeister Scholz das Wort. Die Eröffnungsfestler wird auf den Rundfunk übernommen und auch im Tonfilm festgehalten. Die Ausstellung ist täglich, auch am Eröffnungstag, von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends, Sonnabends und Sonntags bis 8 Uhr abends geöffnet.

Neue Notstandsaktion.

6,5 Millionen für Arbeiten der Stadtwasserung.

Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung in einer Vorlage zur Beschlussfassung ein Notstandsprogramm auf dem Gebiete der Stadtwasserung vor, um auch hierdurch der immer weitergehenden Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu steuern. Gegenüber 346 400 Arbeitslosen im September v. J. ist diese Zahl nach dem Stande von Anfang Januar auf 438 000 gestiegen. Vor allem hat sich die Zahl der der Stadt allein zur Last fallenden Wohlfahrtserwerbslosen innerhalb des gleichen Zeitraumes von 99 000 auf 120 000 erhöht. Der Magistrat hält es deshalb für dringend notwendig, die bereits im Gang befindliche Notstandsaktion auf dem Gebiete der Stadtwasserung zu erweitern.

Die zur Ausführung vorgesehenen Arbeiten betreffen vor allem die Erweiterung und Verbesserung des Leitungsnetzes der Stadtwasserung in denjenigen Gebieten, in denen bisher eine ordnungsmäßige Entwässerung fehlte. Diese Arbeiten sind vor allem wegen des hohen Anteils der Löhne an den Gesamtkosten zur Ausführung als Notstandsarbeit besonders geeignet und bieten Gelegenheit, für die Leistung von rund 225 000 Tagewerten, von denen wiederum rund 180 000 von Erwerbslosen geleistet werden können.

Mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage der Stadt sind Verhandlungen mit dem Oberpräsidium und dem Landesarbeitsamt Brandenburg geführt worden, um die Unterstützung von Reich und Staat zu sichern. Aus den Haushaltsmitteln der Stadtwasserung und der Allgemeinen Wohlfahrtspflege sind rund 3 Millionen aufzubringen, während der Rest gedeckt werden soll aus einem auf längere Sicht gegebenen Darlehen aus Reichs- und Landesmitteln und einem Zuschuß aus Mitteln der Reichsanstalt.

W. Seemann
U. Wöhle
Unternehmer

Seine Brüder?! . . . Eigentlich hatte er mit ihnen nichts Gemeinsames. Gewiß, sie waren seine nächsten Blutsverwandten. Aber hatte sich je einer um ihn gekümmert, als es ihm drehtig ging? Nein, alle hatten ihn getreten und gehänselt und mißachtet in seiner Abwesenheit, weil er klein und still war. Später waren sie ihren Weg gegangen, er den seinen. Wenn er alles in allem berechnete, so war er wohl noch der brüderlichste der Brüder, indem er sie beschäftigte. Sonst würden sie sicherlich längst schon auf der Strafe liegen.

Er dachte an seine Arbeiter. Wen kannte er eigentlich von all den vierhundert Leuten? Fast niemanden. Es waren alles fremde Gesichter. Halt, drei kannte, er, wenn's hoch kam. Seinen guten alten Stelzbein-Heinrich, einen jungen stillen Menschen, den alle den Evangelisten nannten, und dann Müller, einen seiner alten Leute aus der Zeit her, da er noch ein kleiner Meister gewesen war. Ja, damals, da war es anders gewesen. Da hatte er jeden einzelnen von seinen Gefellen gekannt, ihre Familienverhältnisse, sah ihre Frauen, die das Mittagessen brachten und dann wartend bei ihren Männern an den Hobelbänken saßen. Er feierte Geburtstage und Kindtaufen mit ihnen. Es war wie in einer großen zusammengehörenden Familie gewesen.

Und heute? Kaum grüßten ihn die Gefellen, wenn sie ihn sahen. Blicke nicht einmal von der Arbeit auf, wenn er durch die Säle ging. Das Arbeitsverhältnis gestattete so etwas nicht mehr. Heute heißt es Arbeitskraft gegen Geld. Da ist kein Platz mehr für Gefühle, die wohl das Leben verschönern, aber nichts einbringen. Die Zeit ist verrückt. Sie verlangt von ihm das Letzte. Er muß noch mehr von seinen Leuten verlangen. Ihre Ansprüche? Ist ja gar nicht wahr, die seinen sind gestiegen! Er muß sie ausbeuten, muß, muß, muß! Zwangsläufig! Früher war das nicht so nötig, da hieß es noch: Leben und leben lassen! Aber heute . . . entweder man ist ganz groß und Kapitalist oder man ist Kleingewerbe-

treibender und hungert und begütert und begnügt sich, noch unter dem Standard des Arbeiters zu leben.

Franz und Ischa lachten nach ihm. Er sah sie kommen und verdrückte sich hinter eine Zeitung, die er hastig vom Tisch nahm.

Sie gingen an ihm vorbei, ohne ihn zu bemerken. Erst auf dem Rückweg entdeckten sie ihn.

Ischa setzte sich neben ihn und verlegte sich aufs Bitten: „Papa, du darfst doch nicht einfach davonlaufen. Man verlangt nach dir. Was sollen denn meine Schwiegereltern und mein Mann von dir denken? Du wolltest doch auch noch eine kleine Rede halten, Papa! Komm doch!“

Er machte sich von ihrem Arm frei: „Laß mich, Ischa, ich fühle mich nicht recht wohl. Ich kann eine so große Gesellschaft nicht mehr vertragen.“

Er sah, als er dies sagte, tatsächlich leidend aus. Sein Gesicht war wie verfallen.

Franz beobachtete ihn einen Augenblick. Dann zog er Ischa fort: „Laß Vater in Ruhe! Siehst du denn nicht, daß er krank ist?“

Ischa konnte das nicht begreifen.

„Ausgerechnet an meinem Hochzeitstag mußt du krank sein, Papa!“ sagte sie vorwurfsvoll.

Dann gingen seine Kinder.

Sobald er sah, daß sich die Tür hinter ihnen geschlossen hatte, zahlte er, ließ sich seine Garderobe holen und fuhr in einem Taxi nach Hause.

Kaum zu Bett, fiel er in einen schweren, totenähnlichen Schlaf.

Plötzlich fuhr er hoch, als ob ihn ein Schlag getroffen hätte. Ein Strom ungeheurer Angst flutete durch seinen Körper. Er meinte, sein Herz sehe aus. Flackernd, abgehackt ging der Puls.

Er griff nach der Uhr.

Jede Bewegung, die er machte, kostete ihn Anstrengung. Das Glashütter Präzisionswerk repetierte: Drei Uhr!

Seine Angst stieg; die Schmerzen in der Herzgegend nahmen zu.

Er rief nach der Schwiegermutter; dann als diese nicht kam, nach dem Mädchen.

Niemand hörte ihn. Sein Ruf hatte nicht einmal Kraft, bis ins übermächtige Zimmer zu dringen.

Dann, mit letzter Kraft, tastete er nach dem Schalter und knippte das Licht an.

Erschöpft sank er in die Kissen zurück und stöhnte.

Wieder schloß er ein. Beim zweiten Aufwachen fand er sich über und über in Schweiß gebadet.

Darauf wechselte er die Nachtwäsche, so gut es ihm bei seinem Zustande noch möglich war, wühlte sich wieder in seine Kissen zurecht und verfiel in eine Art Dämmer Schlaf.

Am Morgen, nach neun Uhr, betraten Mia und Franz das Zimmer.

Sie standen am Fußende seines Bettes.

Er wachte auf und sah sie mit geheuten, irren Augen an. Sein Gesicht war das eines Toten. Die Hand, die er hob, bebte.

„Ich werde sofort einen Arzt holen!“ sagte Franz ängstlich und lächelte dem Vater mitleidig zu.

„Aha, wieder die Anfälle!“ sagte Mia, „ich kenne das schon an Vater! Es ist nicht halb so schlimm, wie es aussieht!“

Es riß ihr die Kinnbacken auseinander vor Müdigkeit, so sehr mußte sie gähnen.

Es stand aber doch schlimmer, als Mia angenommen hatte.

Ludwig Eisermann war krank, schwerkrank, krank auf den Tod.

Zwar sagte ihm niemand, daß seine Tage gezählt seien; im Gegenteil, alle, die in der ersten Zeit an sein Bett traten, machten ein zuversichtliches Gesicht und sagten: „Na, sieh an, es geht ja schon besser!“

Täglich in den Vormittagsstunden erschien der Arzt, fühlte Ludwig den Puls, sah ihn in die Augen und schüttelte unmerklich den Kopf. Nie und da schrieb er auch ein Rezept aus, das sofort besorgt wurde, und verabschiedete sich dann mit einigen konventionellen Worten von der Herrin des Hauses.

Ludwigs Zustand verschlimmerte sich. Seine Nerven wurden überempfindlich. Jedes Geräusch, jedes laute Wort erschreckte ihn und riß an seinen Nerven. Er fand keinen richtigen Schlaf mehr.

Manchmal dämmerte er für wenige Stunden leicht ein. Aber selbst diese lümmelische Ruhe war ihm nicht gegönnt; denn unaufhörlich schrillte die Flurklingel oder Mias Stimme klang scharf aber irgendeine Tür wurde zugeworfen.

(Fortsetzung folgt.)

Raubversuch im Standesamt.

Handtaschenräuber, der 9000 M. erbeutet hatte, gefasst.

Zwei maskierte Männer hatten es gestern nachmittag offenbar auf die Gehälter abgesehen, die an die Beamten des Standesamts 13a in der Ellerbecker Straße 1 zur Auszahlung gelangen sollten. Die Tür zu dem Zimmer des Leiters R. wurde plötzlich aufgerissen und mit erhobener Pistole drang ein maskierter Mann ein. Der Beamte ließ sich jedoch nicht einschüchtern und ließ sogleich unter Hilferufen in das Nebenzimmer. Dort trat dem Standesbeamten ein zweiter bewaffneter Mann entgegen. Die beiden Handtaschen hatten jedoch inzwischen, da sie jeden Augenblick ihre Entdeckung befürchten mußten, wohl den Mut verloren und flüchteten. Sie konnten trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung entkommen.

Am hellen Tage wurde Freitag vormittag gegen 11½ Uhr in Wilmersdorf ein dreifacher Handtaschenraub verübt. Eine Frau, die in dem Hause Kronprinzendam 9 wohnt, hatte auf der Bank 9000 M. abgehoben und war auf dem Wege nach Hause. Kurz vor ihrer Wohnung verfolgte ihr ein Mann, der ihr wahrscheinlich heimlich gefolgt war, einen Stoß und entriß der Frau die Handtasche mit dem Geld. Er flüchtete in der Richtung nach der Trabener Straße zu. Die Begaubte eilte ihm unter lauten Hilferufen nach und erregte so die Aufmerksamkeit von Automobilisten, die gerade durch die Straße fuhren. Mit mehreren Wagen wurde die Verfolgung des Diebes aufgenommen und er schließlich in der Trabener Straße auch gefasst und der Polizei übergeben. Die geraubte Tasche konnte der Bestohlenen zurückgegeben werden.

Discator verhaftet.

Ursache: Lustbarkeitssteuerschuld in Höhe von 20 000 M.

Am Freitag vormittag wurde der Theaterdirektor und Regisseur Erwin Piscator auf Grund eines Haftbefehls des Amtsgerichts Charlottenburg wegen einer Lustbarkeitssteuerschuld in Höhe von 20 000 Mark verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis übergeführt.

Es handelt sich bei dieser Summe um Beträge, die noch in das Jahr 1928 zurückzuführen. In mehreren Verhandlungen war die Schuldzahlung aufgeschoben worden, bis im November vorigen Jahres der Rechtsvertreter Piscators erklären mußte, daß sein Klient infolge der allgemein schlechten Theaterlage nicht zur Begleichung in der Lage sei. Daraufhin wurde ein Offenbarungseidverfahren gegen Piscator eingeleitet. Da dieser zum Termin nicht erschienen war und auch keine 1000 Mark zur Verhinderung der Vollstreckung zahlen konnte, erfolgte seine Verhaftung, um einen Offenbarungseid zu ermöglichen.

Achtung, Anzeigenschwindler!

Wie uns mitgeteilt wird, spricht ein angeblicher Anzeigenerretreter, der sich Ottomar Nowak nennt, bei kleineren Geschäftskonten vor und erschwindelt unter verschiedenen Versprechungen Geldbeträge für Anzeigen im „Vorwärts“. Vor dem Schwindler, der als besonderes Kennzeichen einen verkürzten Finger an der linken Hand hat, wird gewarnt. Die Anzeigenerreter des „Vorwärts“ sind mit Situationsstellen des Verlags versehen.

Aufbauschule und weltliche Schule.

Ueber die Aufnahme in die Aufbauschule Friedrichshagen (Deutsche Oberschule für Mädchen) Ostern 1931 ergähen wie folgendes: Aufgenommen werden befähigte und bildungswillige Schülerinnen der zweiten oder ersten Klasse von Gemeindeschulen. Bei Bedürftigkeit auf Antrag Freischule, freie Lernmittel und Wirtschaftsbefähigung. Für entfernter wohnende Schülerinnen freie Fahrt. Die Aufbauschule beginnt mit Englisch, noch zwei Jahren Latein oder Französisch als zweite Fremdsprache. Charakteristische Fächer sind Deutsch, Geschichte und Staatsbürgerkunde; in Mathematik und Naturwissenschaften stehen die Ziele denen der Oberrealschule nahe. Nach drei Jahren wird die Reife für O. II erreicht, die dem Reisezeugnis und den Berechtigungen des Lyzeums oder der Realschule entspricht; in sechs Jahren führt die Schule zur Reifeprüfung, die zur Ausbildung als Lehrerin und verwandte Berufe sowie für das akademische Studium erforderlich ist. Anmeldungen sind zu richten an die Leitung der Schule, Berlin D., Franzfurter Allee 57.

Eine neue selbständige weltliche Schule hat, wie uns die Freie Schulgemeinde Berlin-Schöneberg mitteilt, jetzt auch der Bezirk Schöneberg, Kinder des Bezirks und auch der Außenbezirke sind anzumelden bei Herrn Lehrer Bachmann, I. Schule, Feuerstraße 7, jeden Vormittag im Amtszimmer.

„Nur mit der Waffe, nicht mit dem Stimmzettel!“

Das Potsdamer Schöffengericht unter Vorsitz von Landgerichtsrat von Horn verurteilte den 13jährigen Ketteneinrichter Alfred Baat aus Belgig wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz zu drei Monaten Gefängnis. Der Angeklagte, der der kommunistischen Partei angehört, trat im November vorigen Jahres in einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei auf und gebrauchte das Wort Räterepublik. Er äußerte sich auch dahin, daß „nur mit der Waffe in der Hand auf den Barrkaden“ und nicht mit dem Stimmzettel das Vaterland errettet werden könne.

Ein Bankdirektor hinterläßt 140 000 M. Schulden.

Aus Lübeck wird gemeldet: Gegen den Bankdirektor Klief, der bis Ende 1930 zweiter Direktor einer Lübecker Sparkasse war und jetzt flüchtig ist, ist Anzeige wegen Scheckbetrug eingeleitet worden, da er einen ungedeckten Scheck in Höhe von über 3000 Mark in Zahlung gegeben habe. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß sich die von Klief hinterlassenen Schulden auf 140 000 Mark belaufen.

Fernsprechverbindung Deutschland—Spanien.

Zwischen Deutschland und Spanien ist nunmehr die erste unmittelbare Fernsprechleitung in Betrieb genommen worden; sie verbindet die Fernämter in Berlin und Barcelona über das deutsche und französische Fernnetz auf dem Wege über Paris bis Niznion von wo ab sie als Freileitung verläuft.

Biliger Sonnabend und Sonntag im Zoo. Zum erstenmal in diesem Jahre (sogar am 31. Januar und am 1. Februar der billige Sonnabend und der billige Sonntag des Zoologischen Gartens unmittelbar aufeinander. Am Sonnabend beträgt von 2 Uhr nachmittags ab der Eintrittspreis 50 Pf. und für Kinder

Wie sie lebten, bevor die Taf geschah.

Menschliches zum Mord an dem Uhrmacher Ulbrich.

Nach tobt im Gerichtssaal der Kampf zwischen den Angeklagten: Wer ist von ihnen der schuldigere Teil? Noch ist das Gericht bemüht, den Hergang der Tat zu rekonstruieren. Hinter dem graufigen Geschehen treten die Täter, die Menschen, die jungen Leute, die die Blutschuld auf sich geladen, vorläufig noch zurück. Dadurch unterscheiden sich denn diese Luise Neumann, dieser Stolpe und dieser Mitbeteiligte Benziger von tausend anderen? Der 50jährige Vater von Lieschen Neumann, Maler von Beruf, ein arbeitsamer Mann, durch den Krieg ein wenig mitgenommen, sorgt für seine Familie, ist kein Trinker. Die Mutter, mit der Wirtschaft vollauf beschäftigt, zieht vier Kinder groß: die Älteste mit einem Rohrleger verheiratet, der Bruder ein Kunstler, bereits Vater eines Kindes, wohnt mit der Frau bei den Eltern, die Schwester Erna Arbeiterin, augenblicklich erwerbslos, und schließlich die Jüngste, Luise, zwar vorlaut, auch nicht abgeneigt, ein wenig zu schwindeln, aber sonst nicht schlimm. Sechs Personen haufen in Stube und Küche. Der 19jährige Bruder schläft mitunter im selben Bett mit der 14jährigen Schwester. Eben erst aus der Schule entlassen, hat sie einen Freund, Stolpe, die Eltern wissen Bescheid, sagen nichts dazu: der Bursche arbeitet ja und ist immer sauber und nett. Die Tochter wird schwanger; der Bursche soll nun das Mädchen heiraten, damit das Kind nicht unehelich ist Luise arbeitet zuerst in einem Lokal, dann in einer Buchdruckerei, dann wieder in einem Lokal. Sie verträgt sich nicht mit der Mutter und Schwester, geht zu ihrem Bräutigam, der hat seine Arbeit niedergelegt, ist ohne einen Pfennig Geld. Am Mittwoch verfallen die Sachen, die er versteht hat. Er hat noch nie gestohlen, kann sich auch dazu nicht recht entschließen, also muß am Dienstag von Ulbrich Geld geholt werden. Stolpes häusliche Verhältnisse sind um ein vieles schlimmer. In der Familie gab es wenig Zusammenhalt, mit den Brüdern hatte der Junge nichts Gemeinsames, mit dem Vater stand er nicht gut, seitdem die Mutter tot war, gab es im Hause keine Ordnung. Benziger war unter diesen bestimmt nicht der Beste. Er lebte in einer gepflegten Häuslichkeit; seine Mutter achtete streng auf Ordnung. Sie durchsuchte seine Taschen nach Geld. Er half ihr beim Zeitungsaustragen, auch noch am Tage der Tat. Seit anderthalb Jahren war der 20jährige Erich Benziger erwerbslos, erwerbslos war auch der 23jährige Richard Stolpe, ohne Beschäftigung. Die 16jährige Luise Neumann. Die Arbeitslosigkeit dieser drei jungen Menschen, die Ursache der Jetztzeit, war der Nährboden, dem die Untat entsprang; hinzu kam die Führerlosigkeit. Nun, da das Schreckliche geschehen, bemüht sich um sie ein Heer von Fürsorgern, Psychiatern, Staatsanwälten, Richtern und Verteidigern.

Die polizeilichen Vernehmungsfotos

sind unter dem ersten Eindruck der Entdeckung zustande gekommen. Luise Neumann und Richard Stolpe wollen jetzt ihre dama-

ligen Aussagen nicht mehr wahrhaben. Kriminalkommissar Thomas und Kriminalassistent Smatons mühten aber Einzelheiten zu bekommen, die keinen Zweifel daran ließen, daß die beiden Angeklagten unter dem ersten Eindruck des von ihnen begangenen Mordes wohl die Wahrheit gesagt haben. Alle drei hatten unbeeinträchtigt ihre Aussagen ins Stenogramm und in die Maschine diktiert; durch neue Befragungen wurden die wenigen Unstimmigkeiten ausgeglichen und bei der Rekonstruktion der Tat im Polizeipräsidium und am Totort gab es zwischen den Aussagen der Angeklagten keine Differenzen mehr. Stolpe hatte in seinem Lebenslauf geschrieben, daß sie sich den Plan zurechtgelegt hätten, Ulbrich zu töten und ihn zu betäuben, daß sie zwar kurz nachdem sie den hinteren Raum betreten, sich aus Angst zurückgezogen hätten, dann aber wieder nach hinten gegangen wären, um die Tat auszuführen. Lieschen Neumann hat tatsächlich erklärt: Wenn er mußt, stecke ich ihm einen Knebel in den Mund, wenn er brüllt, haue ich ihm mit dem Beil über den Schädel. Benziger hat mit beiden Händen die Füße des Uhrmachers gehalten, sie nicht nur zufällig berührt und alle drei haben geprüft, ob ihr Opfer auch wirklich tot ist usw.

Der Kriminalsekretär Smatons konnte auch manches Bemerkenswerte über Lieschen Neumann berichten. Bei ihrer ersten Vernehmung im Polizeipräsidium haß sie dem Beamten die Dichtbilder des Opfers parzellieren, als habe sie mit der Tat nichts zu tun. Mit der festen Absicht zu töten, zu Ulbrich gekommen, holte sie, mit ihm plaudernd, aus dem Vorderraum des Ladens die Grammophonplatten heran, ließ dann „Erika, brauchst du nicht einen Freund“ spielen und tanzte mit dem Sechshundfüßigen. Als sie die letzte Platte holte, schob sie den Regal von der Ladentür zurück. Was dann zwischen den beiden geschah, soll heute in nichtöffentlicher Sitzung erzählt werden. Jedenfalls war es viel mehr, als Lieschen Neumann vorläufig zugestanden hat. Vom Kriminalkommissar Thomas erfuhr man aber von Ulbrichs 1500 Photographien, 116 verschiedene Frauen darstellend, und von seiner Karntner, die nur den Vornamen dieser Frauen enthielten.

Das Gericht wird sich bei der Urteilsfindung die größte Mühe geben und vielleicht wird es auf Grund geschickter Kombination der äußeren Wahrheit nahe kommen. Biletschik. Die innere Wahrheit des furchtbaren Falles, zu dessen medizinisch-forensischer Beurteilung ja auch noch die Sachverständigen ein erhebliches Wort mitzusprechen haben, ist indes schon längst offenbar. Gewiß, solche Charaktere kann man zu ergründen versuchen, darf aber nicht die Hoffnung hegen, daß die Menschheit sie nicht immer wieder erleben wird. Aber das ist auch klar: ohne so viele materielle Not, ohne diese Arbeitslosigkeit und ohne diesen Mangel an gültiger Liebe, unter dem diese hilflosen Puppen des Schicksals ständig litten, wäre der Mord am Uhrmacher Ulbrich nicht geschehen, wäre das Tier in diesen jungen Menschen nicht zum Durchbruch gekommen...

Oeffentliche Kundgebung!

3. Abteilung. Montag, 2. Februar, 19½ Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Friesenstraße 24-25. Thema: Der Nationalsozialismus, sein Aufstieg und sein Ende. Redner: Genosse Professor Nöbling, M. d. L. Männer und Frauen, helft den Faschismus bekämpfen, erscheint in Massen!

25 Pf. am Sonntag gelte die ermäßigten Preise den ganzen Tag. Zoo und Aquarium zeigen eine Fülle von Neuheiten, teils Neuerwerbungen, teils eigene Nachzucht, darunter das kleine Zwergschaf in Elefantenhaut. Am Sonntag findet von 4 Uhr nachmittags ab im Kaiserhof Konzertkonzert unter Leitung des Obermusikmeisters Hagemann statt.

„Kraffes Laientum und Unsinn.“

Sachverständige über die Experimente Tausends.

München, 30. Januar.

Auch der erste Verhandlungstag im Münchener Goldmacherprozess war für den Angeklagten Tausend nicht weniger als günstig. Das Gericht hörte den als Zeugen und Sachverständigen geladenen Metallhütteningenieur Dr. Steiner-Kainer. Der Zeuge lernte Tausend bei einem Experiment kennen, das gewöhnlichen Feidion in reine Tonerde (Aluminiumoxyd) verwandelt sollte. Es wurde aber nichts daraus. Auch einem Goldversuch wohnt der Zeuge bei. Er erklärte, daß sich dabei eine recht bescheidene Menge Gold ergab, die zweifellos in dem als Ausgangsmaterial verwendeten Eisenoxyd, das an sich sehr goldhaltig ist, enthalten war. Der Zeuge will die Möglichkeit nicht abstreiten, daß es nach einem der Wissenschaft bisher nicht bekannten Verfahren gelingen kann, einen größeren als bisher bekannten Goldprozentsatz auszuweisen. Aber von einer Wirtschaftlichkeit könne dabei keine Rede sein.

Nicht weniger scharf ging der Zeuge und Sachverständige Universitätsprofessor Schöller, ein Bruder des hereingefallenen Wiener Stahlindustriellen mit dem Goldmachermärchen zu Gericht. Er bezeichnete die Behauptung Tausends, Gold „erzeugen“ zu können, als kraffes Laientum und Unsinn. Wenn er auch die Möglichkeit nicht von der Hand wies, daß es gelingen könnte, ein besseres als der Wissenschaft bisher bekanntes Auscheidungsvorfahren zu finden. Der Richter verlas sodann die Befundungen der verstorbenen Fabrikbesitzerwitwe Dora Reinhold-Plauen, die Tausend sehr belastete. Tausend habe sie geradezu mit suggestiver Kraft überredet, ihren Münchener Hausbesitz für 150 000 P. an ihn abzutreten. Von dem Kaufpreis sollten 100 000 M. als Einlage in den Verein eingeschrieben und 40 000 M. bar bezahlt werden. Erhalten hat sie nichts als zwei wertlose Goldzusätze, von denen Tausend wahrheitswidrig behauptet, daß sie so gut wie bares Geld und jederzeit einlösbar seien.

Unter allgemeiner Spannung wurde dann das Experiment im Münchener Hauptiminzami geschickert. Kriminalkommissar Weiß stellte dar, wie er die Vorsichtsmaßnahmen durchführte. Tausend wird bis aufs Hemd entkleidet. Er mußte sich die Nase pugen und den Mund ausfüllen. Seine Fingernägel wurden eingehend untersucht und jede seiner Manipulationen aufmerksam beobachtet. Dem Zeugen fiel auf, daß Tausend am Anfang nur von tastenden Vorversuchen sprach, dann aber diese als Bestandteile des Hauptversuchs bezeichnete. Ueber den erfolgreichen Ausgang des Experiments seien die sieben anwesenden Herren außerordentlich erstaunt gewesen.

Die Weiterverhandlung wurde schließlich auf Sonntag verlegt.

Der Sparschrank in der Destille.

„Beim Trinken und beim Essen das Sparen nicht vergessen!“

„Es können noch schlimmere Zeiten“, meint die Brauerei, der ihrer Gäste Wohl und Wehe scheinbar sehr am Herzen liegt; denn sie baute in einem Lokal unweit des Anhalter Bahnhofes, dessen Stammkundschaft Gepäckträger und Tagelohnarbeiter sind, einen regelrechten Tresor mit 32 Safes in die Wand ein. Alle Safes sind besetzt und ausschließlich zum weihnachtlichen Abhebungstermin floß Geld aus dem Sparschrank. Kassenverwalter ist der Wirt, der auch alle vier Wochen die Beerung des Tresors besorgt; das eingegangene Geld wandert in eine Berliner Großbrauerei, die es den Sparern mit 8 Proz. verzinst, immerhin eine gute Kapitalanlage, die noch dazu die Unnehmlichkeit hat, keinerlei Unstimmigkeiten zu verursachen. Geldabhebungen zwischendurch gibt es nicht, es sei denn, daß ein Sparer sich in besonders großen Adien befindet; dann schießt ihm der Wirt in seiner Eigenschaft als Vermögensverwalter etwas vor und zieht den Betrag nachher bei der Abrechnung ein. „Und es klappt sich schon was zusammen“, meint einer der Safe-Inhaber, „da hat doch voriges Jahr, wo allerdings die Zeiten noch nicht so schlecht waren, ein Kollege Weihnachten seiner Frau einen „Pelmantel“ gekauft!“ Die Idee ist gar nicht schlecht, denn schließlich klegt man Durst, wenn man schwere Koffer schleppt oder stundenlang durch die Straßen fährt; und einmal im Tag leidet man sich dann doch einen Tropfen, und wenn man da jedesmal auch nur eine Kleinigkeit in die Spardose tut, so summiert es sich doch am Jahresende.

Konsumgenossenschaftlicher Frauen-Lehrgang.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend veranstaltet für die Frauen ihrer Mitgliedschaft einen Lehrgang von zwei Abenden, in dem Reichstagsabgeordneter Hermann Fleißner über „Weisen und Bedeutung der Konsumvereine“ und Dr. Wilhelm Grottkopp über „Zollabbau und Preisentung“ sprechen. Der erste Abend des Lehrganges findet an folgenden vier Tagen statt:

Montag, 2. Februar, Karl-Marx-Schule, Neudöln, Kaiser-Friedrich-Straße 208/210; Dienstag, 3. Februar, Sophie-Charlotte-Schule, Charlottenburg, Scharnweberstraße 32; Mittwoch, 4. Februar, Berlin D., Petersburger Straße 4; Donnerstag, 5. Februar, Berlin N., Götterburger Straße 4.

Beginn pünktlich 8 Uhr. Die Veranstaltungen werden von musikalischen Darbietungen des Koch-Quartetts umrahmt. Eintritt frei. Zur Teilnahme sind alle konsumgenossenschaftlich interessierten Frauen eingeladen.

Remarque und die Wirklichkeit. Auf der Kundgebung, die die Deutsche Liga für Menschenrechte am Montag, dem 2. Februar, im Sachaal, Lützowstraße 76, Moabener Block, veranstaltet, wird Genossin Marie Zuhaca als Vertreterin der Kriegsmütter des Vorkrieges auftreten. Für die Frontsoldaten werden sprechen: Elise Köppen, Carl Zuckmayer, für die Frontkämpfer Hermann Schüniger, für die Kriegsverwundeten Christoph Brandtner, als Kriegskrieger Peter Kih, als Kriegsarzt Dr. Kurt Fleischer und ein Vertreter des Jahrganges 1902, Karl Mathis. Eröffnet wird die Kundgebung durch eine Ansprache von Heinrich Mann, ferner mündliche und schriftliche Erklärungen von Wabe Schreiber-Kriegler, Dr. Kurt Wierendorff, Waldemar Sange, Herbert Sberina. Karten für diese Veranstaltungen sind im Vorverkauf nur durch die Geschäftsstelle der Deutschen Liga für Menschenrechte, N. 24 Ronblouplatz 10, Einaona 1 erhältlich.

Die goldene Hochzeit feiert am heutigen Sonnabend unser langjähriger Leiter Paul Prihlow, Diefenbachstr. 59.

Erkältungsverhütung. Nach den an den Klappen für innere Krankheiten gesammelten Erfahrungen ist das natürliche „Franz-Josef“-Wasser ein äußerst wohltuendes Abführmittel. In Apoth. erh.

Die Berliner Finanzverhandlungen

Klärung des Wegs. — Die Bewag im Projekt. — Öffentliches Zusammenwirken.

Die Verhandlungen zur Abdeckung eines Teils der schwebenden Schulden, die von der Stadt Berlin mit den Elektrowerken Preußens und des Reichs geführt werden, haben in der Richtung einige Fortschritte zu verzeichnen, daß sich die gangbaren Wege und die Form der Finanzgeschäfte deutlicher erkennen lassen. Der von uns schon hervorgehobene Grundgedanke besteht darin, die Finanzkraft und die Kreditfähigkeit der Elektrowerke Preußens und des Reichs mit derjenigen Berlins zu vereinigen, den Besitz an den Gas- und Kraftwerken zu teilen, durch die erhöhte Kreditfähigkeit und die erweiterten Bestgründungen langfristige Anleihen zu beschaffen und schließlich auch die Kraftwirtschaft im Bereich der Preußen-Elektro- und der Reichs-Elektrowerke, einschließlich des Berliner Stadtgebietes nach einheitlicheren Gesichtspunkten auszubauen.

Es scheint jetzt schon festzustehen, daß die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke (Bewag) in das Projekt einbezogen werden. Man denkt zunächst bei der Bewag an die Umwandlung der Betriebsgesellschaft in eine Besitzgesellschaft und eine gleichzeitige Erhöhung des Aktienkapitals auf vielleicht 150 Millionen Mark, wobei sich Berlin, Preußen und das Reich in den Aktienbesitz teilen würden. Dann könnte eine Anleihe aufgelegt werden, vielleicht wieder im Betrage von 150 Millionen, deren Erlös zur langfristigen Forderung von schwebenden Schulden Berlins verwendet werden könnte. Letztlich könnte man mit einem freilich niedrigeren Kapital bei den Gaswerken verfahren, die dann ihrerseits ebenfalls eine Anleihe aufnehmen würden. Es könnte damit gerechnet werden, daß unter Einrechnung der Aktienübernahme durch Preußen und das Reich aus diesen Anleihen eine Summe von 300 bis 400 Millionen Mark zur Verfügung steht, mit der kurzfristige schwebende Schulden zurückgezahlt werden, während in der Zukunft dann jährlich von Berlin nur noch die Zinsen und Tilgungsraten zu bezahlen sein würden. Die erste Absicht, auch das Paket von 45 Millionen Aktien der Deutschen Gas L. G. mit zu verwerten, hat an Aussicht verloren, durchgeführt zu werden, da weder Preußen noch das Reich aus der Übernahme dieses Paketes sich eine fruchtbare Beeinflussung der Kraftwirtschaft versprechen. Selbstverständlich läme bei den heutigen Verhältnissen in erster Linie ausländisches Kapital bei der Beschaffung der Anleihen in Frage. Da hinter der ganzen Transaktion ebenso fruchtbare Ideen als hochwertige Unterstellungen stehen, besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß das Projekt zum Erfolge geführt werden kann.

Zu einem vollen Erfolge gehört freilich, daß sich die Reichs-

Elektrowerke auch restlos hinter das Projekt stellen. Das muß um so selbstverständlicher sein, als die Reichs-Elektrowerke in erster Linie als bedeutendstes öffentliches Werk Deutschlands Pflichten gegenüber dem Ausbau und der Vereinheitlichung der deutschen Kraftwirtschaft zu erfüllen hat. Die Reichs-Elektrowerke müssen sich auch bewußt sein, daß eine erfolgreiche Vereinheitlichung nie möglich sein wird, wenn sie nicht unter entscheidender öffentlich-wirtschaftlicher Führung steht. Dazu kann jetzt ein wichtiger Schritt gemacht werden. Sinnvoll wäre auch die Einbeziehung der Märktischen Elektrizitätswerke.

Manchen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung groß gewordenen Genossen mag gelegentlich der Gedanke bedrückt haben, ob hier nicht wieder die unter dem Druck privatkapitalistischer Mächte so erhöhte finanziellen Verlegenheiten Berlins bei diesem Geschäft eine wichtige Kampfbahn preisgegeben würde. Dem ist glücklicherweise hier nicht so. Zwischen öffentlicher Wirtschaft einer Stadt wie Berlin und öffentlicher Wirtschaft Preußens und des Reichs gibt es keinen Unterschied. Es ist nur dafür zu sorgen, daß die von der öffentlichen Wirtschaft bei ihrem Zusammenwirken befolgte Politik auch wirklich, besonders hinsichtlich der Tarife, gemeinwirtschaftlich genannt werden kann. Der hier ins Auge gefassten Zusammenarbeit Preußens, des Reichs und Berlins ist aber ernsthaft Erfolg zu wünschen, weil den gemeinwirtschaftlichen Interessen nur gedient werden und unerträglichen Abhängigkeitsverhältnissen der Stadt Berlin von privatkapitalistischen Kreisen ein Ende gesetzt werden kann.

Besuch bei der Konsumgenossenschaft Berlin.

Die Teilnehmer des vom Deutschen Landwirtschaftsrat veranstalteten Abfahrlernganges für Landwirte, Versuchsringleiter, Landwirtschaftslehrer usw. haben die Fabriken und Einrichtungen der Konsumgenossenschaft Berlin im Lichtenberg besucht und dabei von der machtvollen Berliner Verbraucherorganisation einen sehr starken Eindruck mitgenommen. Natürlich waren an der Frage des direkten Verkehrs zwischen Konsumgenossenschaften und den landwirtschaftlichen Erzeugern besonders interessiert und wir hoffen, daß auch in landwirtschaftlichen Kreisen durch diesen Besuch zur Klärung über die große und nützliche Aktivität der Arbeiterchaft bei der wirtschaftlichen Selbsthilfe und zur Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft beitragen wird.

Die Bank von Frankreich berichtet.

Die Bereitschaft zum Kapitaleport.

Der Reingewinn der Bank von Frankreich, die am Donnerstag ihre Generalversammlung abgehalten hat, beläuft sich für das Geschäftsjahr 1930 auf 314 (406 im Vorjahr) Millionen Franken.

In dem Geschäftsbericht wird betont, daß Frankreich unter der Weltwirtschaftskrise bisher am wenigsten zu leiden gehabt habe, obwohl gerade im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahres die Krise sich nicht nur im Bankgewerbe, sondern auch in der gesamten Industrie und in der Landwirtschaft bemerkbar gemacht habe. Die starken Goldzuflüsse der Bank werden als das Spiel der freien Kräfte gekennzeichnet. Der Ueberschuß der Zahlungsbilanz Frankreichs habe starke Kapitalien nach Paris strömen lassen. Dafür erwache allerdings dem Pariser Kapitalmarkt die Pflicht, alles ins Werk zu setzen, um die Expansion nach außen zu erleichtern. So habe die Bank von Frankreich vor Jahresfrist die Gründung der internationalen Akzept-Kreditbank in Paris begünstigt, und so sei sie auch heute bereit, den normalen Abstrom des französischen Kapitalüberflusses nach dem Ausland zu erleichtern.

Es liege im eigenen Interesse des Pariser Marktes, den Kreditforderungen des Auslandes für die Entwicklung von Produktion und Handel zu entsprechen, wenn ihm die nötigen Garantien gegeben würden. Abschließend wird in dem Geschäftsbericht betont, daß die Bank von Frankreich ihre freundschaftlichen Beziehungen zu den Noteninstituten der Nachbarländer im vergangenen Jahre wesentlich verbessert habe.

Die Krise in Holland.

Neuer Abbau im Philips-Konzern.

Nachdem der holländische Philips-Konzern eben erst etwa 2000 Arbeitern gekündigt hat, wird jetzt die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde gekürzt, um weitere Entlassungen zu vermeiden.

Der starke Rückgang des Geschäftsganges in dem größten holländischen Elektrokonzern kommt auch in dem Zusammen schrumpfen der holländischen Elektroausfuhr zum Ausdruck, die fast ausschließlich durch Philips bestritten wird. Die Glühlampen ausfuhr betrug im Jahre 1930 etwas weniger als 23 Millionen Gulden und war damit um 20 Proz. niedriger als im Vorjahre. Im gleichen Verhältnis sank auch die Radioausfuhr, die im Jahre 1930 nur noch 66 Millionen Gulden betrug. Da Deutschland im Jahre 1930 seine Radioausfuhr um etwa 10 Millionen Mark hat steigern können, ist der holländische Exportrückgang um fast 20 Proz. besonders auffällig. Er deutet darauf hin, daß beim Philips-Konzern offenbar, von der allgemeinen Abfahrlernge abgesehen, noch besondere Gründe mitspielen.

Hochbetrieb bei der Kreditpolitik. In Zeiten wirtschaftlichen Niederganges herrscht bei den Kreditkauternehmen Hochkonjunktur. Auch die Schufa, Schuggemeinschaft für Absatzfinanzierung und Kreditversicherung in Berlin, steigerte die Zahl ihrer Auskünfte von rund 346 900 auf mehr als 434 780. Allein auf dem Monat Dezember 1930 entfielen 74 194 Anfragen, was einem Tagesdurchschnitt von 274 Anfragen entspricht. Die Zahl der angeschlossenen Vertragsfirmen und -verbände stieg von 398 auf 578 Ende des letzten Jahres. Durch sie beobachtet die Schufa die Kreditnehmer von 3000 Groß-Berliner Geschäften. Die steigende Welle von Insolvenzen und Konkursen mit ihren großen Gläubigerverlusten hat natürlich für derartige Kreditversicherungsinstitute eine weitere Vergrößerung ihres Aufgabenspektrums zur Folge.

Charlottenburger Wasser wieder 7 1/2 Proz. Dividende. Das Wassergeschäft der privaten Charlottenburger Wasser- und Industriewerke hat auch im letzten Jahr wieder gleich hohe Gewinne wie 1929 gebracht. Die Dividende bleibt mit 7 1/2 Proz. unverändert. Außerdem werden vom Reingewinn über eine Million in die Reserven gesteckt, die sich damit auf 7 Mill. M. bei insgesamt 60 Mill. M. Kapital belaufen. Bilanz und Geschäftsbericht der Gesellschaft liegen noch nicht vor.

Amerikas Kassenläden im Jahre 1930. Nach amerikanischen Berechnungen belief sich der Gesamtabsatz von 53 größeren Massenfilialbetrieben in den Vereinigten Staaten im Jahre 1930 auf 4099 Mill. Dollar.

Mehr Weizen auch im Osten.

Die Behauptungen maßgebender Führer der Landwirtschaft erweisen sich als falsch.

Es liegen Erhebungen der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat von Ende November 1930 über die Anbauflächen für Winterroggen und Winterweizen vor, die die bereits festgestellte Tatsache bestätigen, daß die Weizenanbaufläche eine Vergrößerung und die Roggenanbaufläche eine Verkleinerung erfahren hat. Aus ihnen geht aber außerdem hervor, daß der Wandel der Verhältnisse ein weit größerer ist, als es nach den bereits erwähnten Feststellungen des Preußischen Statistischen Landesamts angenommen werden konnte.

Am bemerkenswertesten ist das Ergebnis der Anbauflächen-erhebung in Ostpreußen. Danach hat sich dort die Roggenanbaufläche um 15,2 Proz. verkleinert, die Weizenanbaufläche aber um 44,5 Proz. vergrößert.

Eine Vergrößerung der Weizenanbaufläche in Ostpreußen um 44,5 Proz.! Das setzt alle diejenigen ins Unrecht, die sich bei den verschiedensten Gelegenheiten als die besten Kenner der Landwirtschaft auspielteten und die Vergrößerung der Weizenanbaufläche in Ostdeutschland zumindest in einem Umfang von 44,5 Proz. als eine glatte Unmöglichkeit hinstellten. Einer derjenigen, die an der baldigen Vergrößerung der Weizenanbaufläche zweifelten, war der bisherige Präsident des Reichslandbundes Hepp. Er führte in seiner Reichstagsrede am 23. Juni 1930 nach dem amtlichen Sitzungsprotokoll wörtlich aus:

„Selbst wenn die Einschränkung des Roggenanbaus heute vom Reichsernährungsministerium, den Landwirtschaftskammern und den übrigen landwirtschaftlichen Einrichtungen noch so stark unterstützt würde, müssen wir uns darüber im Klaren sein, daß die Auswirkungen dieser Maßnahme doch erst im Laufe längerer Zeit zutage treten werden.“

Der Abgeordnete Wendhausen von der Bauern- und Bauernpartei, führender Mann in der mecklenburgischen Landbewegung, gab seine Zweifel durch folgende Frage kund: „Wie sollen wir denn im Osten auf weite Strecken etwas anderes bauen als Roggen und Kartoffeln?“ Der Reichslandbund stellt in seinem gleichnamigen Organ Nr. 6 vom 8. Februar 1930 folgende Behauptung auf:

„Der häufig erteilte Rat, die Roggenanbaufläche zugunsten des Weizens immer stärker einzuschränken, ist nicht so leicht auszuführen, wie einzelne städtische Kreise sich das vorstellen.“

Hoffentlich lassen sich diese erwähnten Zweifel die Widerlegung ihrer Behauptungen durch Tatsachen zur Lehre dienen.

Was wird aus der Wenzeslausgrube?

Um das Schicksal von 2500 Bergarbeitern.

Die Neuroder Wenzeslausgrube, in der vor anderthalb Jahren das schwere Bergwerksunglück stattfand, ist jetzt von der Elektrizitätswerke Schmelzen L. G. bis auf weiteres stillgelegt worden. In den letzten Wochen wurden im Zusammenhang mit der Stützungsaktion für den Plehkonzerne mit dem preussischen Staat auch Verhandlungen zur Subventionierung dieser Grube eingeleitet. Der Grubendirektor sollte durch öffentliche Zuschüsse solange aufrechterhalten werden, bis die Umsiedlung der etwa 2500 Mann starken Belegschaft mit ihren Familien erfolgt wäre. Die Weiterführung der Verhandlungen ist aber durch das ungünstige Urteil der mit der Revision des Betriebes beauftragten Kommission über den Stand des Betriebes und die Höhe der erforderlichen Zuschüsse verzögert worden. Dadurch herrscht zurzeit auch völlige Ungewißheit über das Schicksal der ihrer Existenzgrundlagen beraubten Belegschaft.

Die augenblicklichen Verhandlungen gehen dahin, die Grubenvermahlung zur Weiterführung des Betriebes bis vorläufig Mitte Februar zu veranlassen.

Zement Syndikat gerettet.

Geförderte Außenleiter.

Die Sprengung des Westdeutschen Zement Syndikats, die für die deutsche Zementwirtschaft von weitgehenden Folgen begleitet worden wäre, ist in letzter Minute noch verhindert worden.

Nach mehrmaligem Aufzählen der seit fast zwei Monaten anhaltenden Verhandlungen ist es jetzt gelungen, die widerpenktigen Außenleiter endlich mit der Angelegenheit einer hohen Syndikatsquote zu födern. Mit dem jetzt erfolgten Syndikatsbeitritt der Atlaswerke in Paderborn sind nun die letzten Widerstände gefallen und das Syndikat mit 100prozentiger Beteiligung auf zunächst zwei Jahre neu aufgebaut.

Bei der volkswirtschaftlich schädlichen Preispolitik der Zement Syndikats ist die straffere Zusammensetzung der Zementfabriken gegenüber dem bisherigen Zustand in Westdeutschland für die Bauwirtschaft nicht erfreulich. Nach der bisher geübten Praxis werden die nunmehr vor Außenleiterangriffen gesicherten Syndikats ihre unter dem Zwang der Verhältnisse im letzten Jahr unterbrochene Monopolpolitik so bald wie möglich wieder aufnehmen.

Zölle steigern Arbeitslosigkeit.

Der Kampf zwischen den deutschen und schweizerischen Aluminiumerzeugern.

Wie Zollerhöhungen unmittelbar zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beitragen vermögen, dafür liefert ein Wirtschaftskonflikt den Beweis, der gegenwärtig zwischen der deutschen und der schweizerischen Rohaluminiumindustrie spielt.

Am 1. August vergangenen Jahres wurde ein deutscher Rohaluminiumzoll eingeführt, mit der Begründung, daß man damit die wachsende amerikanische Konkurrenz in Europa und insbesondere in Deutschland fernhalten wolle; die deutschen Walzwerkprodukte sollten, das war die Bedingung für die Einführung des Zolls, im Inland nicht verteuert werden. Bis zur Einführung des Aluminiumzolls hat nun die schweizerische Aluminiumindustrie A. G. in Reuhausen ihr Rohaluminium in ihren auf bodischem Boden liegenden Walzwerken in Singen, Teningen und Billingen verarbeiten lassen. Seit ein Einfuhrzoll gezahlt werden muß, ist nun den schweizerischen Werken die Weiterverarbeitung in Deutschland zu kostspielig geworden, und es droht die Gefahr, daß mehr als die Hälfte der 1300 Mann betragenden Belegschaft der schweizerischen Werke in Deutschland brotlos wird. Die schweizerische Firma hat nun die deutsche Regierung gebeten, zur Aufrechterhaltung der deutschen Walzwerkbetriebe, die für das schweizerische Rohaluminium durch das Walzen nur eine Veredelung vornehmen, für diesen Veredelungsverkehr die zollfreie Einfuhr zu gestatten. Das schweizerische Unternehmen will sich verpflichten, daß die in den deutschen Werken hergestellten Halbfabrikate wieder ausgeführt werden, so daß sie den deutschen Markt nicht verlassen. Die deutsche Regierung hat aber diesen Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß keine Genehmigung den Abzug der deutschen Rohaluminiumproduktionen schädigen würde.

Begreiflicherweise erklären die Schweizer daraufhin, daß sie kein Interesse mehr daran hätten, in den deutschen Betrieben noch arbeiten zu lassen, um so mehr, als man ihnen nicht zumuten

könne, ihre eigene Rohaluminiumproduktion liegen zu lassen und in Deutschland hergestelltes Rohaluminium zu verarbeiten. Gleichzeitig hat der Abtransport der Walzenstrahlen auf den deutschen Werken und deren Aufstellung auf schweizerischem Boden begonnen, womit die Freisetzung eines großen Teils der deutschen Arbeiter in den auf deutschem Boden gelegenen schweizerischen Werken fast zur Gewissheit geworden ist. Die Bemühungen der Betriebsräte der gefährdeten Belegschaften, den Werken die schweizerische Veredelungsarbeit zu erhalten, waren bisher ebenfalls vergeblich.

In diesem Fall ist einmal interessant, daß tatsächlich die Einführung eines Zolls, die auch hier mit der Begründung des Schutzes der nationalen Arbeit vorgenommen wurde, unmittelbar Arbeitslosigkeit zur Folge zu haben droht. Zum anderen aber ist schwer begreiflich, weshalb die deutsche Regierung den Antrag, Zollfreiheit für den schweizerischen Veredelungsverkehr zu gewähren, ablehnend gegenübersteht, nachdem die Schweiz die Garantie dafür übernimmt, daß die Aluminiumfabrikate auf dem deutschen Markt nicht verkauft werden sollen. Es ist durchaus nichts Neues, daß für solchen Veredelungsverkehr Ausnahmen von den Zollbestimmungen festgelegt werden, und es wäre für den deutschen Arbeitsmarkt und auch für die guten Handelsbeziehungen zu der Schweiz geradezu gefährlich, wenn man im Augenblick einer schweren Wirtschaftskrise diese volkswirtschaftlich gebotene Ausnahme in den Zollgesetzen nicht zugehen wollte. Es ist nun gewiß so, daß innerhalb des europäischen Aluminiumkartells Gegenstände zwischen den deutschen und den schweizerischen Rohaluminiumerzeugern bestehen. Diese Gegenstände aber überflüssigerweise mit der Protektionierung von annähernd 1000 Arbeitern bezahlen zu lassen, wäre heute einfach nicht zu verantworten.

Andreas Latzko: Die Schwestern de Mesles

Sie sind ihrer fünf, fünf Töchter des gleichen Vaters, der sich emüßigen mühte, die älteren und häßlichen zumindes ins Kloster zu stecken, machten nicht die gerade ihr Glück bei Hof.

Die Älteste ist schon glücklich unter die Haube gebracht, mit einem Grafen von Mailly verheiratet, als ihr die zweifelhafteste Ehre zuteil wird, von Mätresse des Königs bestimmt zu werden. Bestimmt ist das richtige Wort, denn bei freier Wahl hätte sie schlechte Aussichten; die Königin ist selbst so stiefmütterlich von der Natur bedacht, daß sie die unscheinbarsten Damen um sich versammelt, mit gutem Grunde um die Treue ihres jugendlichen Gatten besorgt. Verheiratet mit 15, Vater von vier Kindern mit 19 Jahren, ist Ludwig XV. überreif für das erste Liebesabenteuer, ein weiterer Akt von Interessentem bemüht sich eifrig, die wichtige Staatsaktion zu günstigem Abschluß zu bringen. Bei einem so energielosen, leicht beeinflussbaren Manne, wie der spätere Stane der Pompadour und Dubarry, kann die Wahl von verhängnisvollen Folgen für ganz Frankreich sein.

Die zweitälteste der Töchter de Mesles ist ob ihrer blühenden, messerscharfen Klugheit bekannt, die Stellung der Schwester als Hofdame der Königin schafft ihr Gelegenheit, auch bei Hof ihren Witz zu zeigen, und man bemerkt mit Schrecken, daß der König schon aufhorcht auf ihre Stimme — höchste Zeit, eine Kandidatin vorzuschleichen, die mangels besonderer Vorzüge keine starke Leidenschaft erwecken, und den Ministern nicht gefährlich werden kann. So singt auf einmal der ganze Hof das Lob der Gräfin Mailly, ihr Wuchs, ihr Redeweise, ihre Tugend wird vor dem König gepriesen, bis die allgemeine Bewunderung zum erwünschten Resultat führt; zur größten Ueberraschung der Betroffenen, die in ihren kühnsten Träumen solche Auszeichnung nicht erhofft hätte.

Aber die Berechnung der Reumal-Klugen erweist sich falsch, was als Hindernis gedacht war, wirkt sich im Gegenteil als Erleichterung aus. Ueberwältigt von ihrem Glück, dient die Gräfin Mailly allzu demütig ihrem Herrn, sie ist dem König eine zweite Ehefrau, langweilt ihn mit Gefühlen, die sein Interesse für die eheliche Keuschheit der Schwester nur steigern. Von Vorturteilen ebensowenig als Familienrücksichten gehemmt, hat die zweite Tochter de Mesles die erste bald eingeholt; der König gibt sie dem Markgrafen von Ventimiglia zur Frau, um sie sich als Mätresse abtreten zu lassen, nur die arme Gräfin Mailly fürcht das junge Glück mit ihrer Anhänglichkeit, teilt den Geliebten mit der Schwester, durchaus nicht aus niedriger Berechnung, wie ihr zu Unrecht nachgesagt wird.

Ein achtzehnjähriger König kann noch für sich selbst gekleidet werden, ohne daß die Staatskasse dabei zu Schaden käme, von den vielen hundert Millionen, die Frankreich für das abwechslungsreiche Liebesleben Ludwig XV. opfern muß, fällt auf die Perle der Schwestern de Mesles keine nennenswerte Summe, und das schürt wohl noch die stilkliche Entrüstung der Zeitgenossen, für die eine Mätressenwirtschaft bei Hofe die erwarteten Vorteile abwerfen soll. Am unvorzeihlichsten ist der Skandal in den Augen der Frauen, eine Ehre, nach der alle streben, wird schamlos monopolisiert von den Töchtern einer Familie —, wie sollte nicht eine Palastrevolution drohen, da es langsam aufkommt, daß auch die Herzogin von Lauragnais, die dritte der Schwestern de Mesles, die Gunst Seiner Majestät genießt?

Nicht leicht läßt sich der regierende Minister und frühere Erzieher des Königs, der Kardinal de Fleury, bewegen, eine Ermahnung zu wagen. Als hoher geistlicher Würdenträger darf er sich auf die Dauer nicht blind stellen, die Öffentlichkeit macht ihn mitempfindlich für den Skandal, er versucht sein Glück mit all-gemeingehaltenen Anspielungen auf den Namen der Königin, die Heiligkeit der ehelichen Treue, und gibt deutlich zu verstehen, daß es ihm dennoch fernläge, der Jugend des Königs eine Untreue nicht nachzusehen, wenn nur die Treue zu dem Hause des Mesles nicht so peinlich wäre!

Aber der gekrönte Schüler zeigt sich nicht geneigt, Rückfälle in den belehrenden Ton zu dulden: „Ich lasse Sie als Minister regieren wie Sie wollen“, antwortet Ludwig XV. ungnädig, „lassen Sie mich mein Leben führen, wie es mir Spaß macht.“

Könnte der Kardinal in die Zukunft schauen, er läge sich vielleicht nicht so leicht abwinken, aber er weiß nur zu gut, daß eine einzige Mätresse, die den Ehrgeiz hätte, in die Staatsgeschäfte einzugreifen, ihm gefährlicher wäre, als das moralisch verwerfliche Verhältnis mit drei Schwestern zugleich, und so begnügt er sich mit dem Bewußtsein erfüllter Pflicht und mit der entschiedenen Weigerung, mehr denn einen freundschaftlichen Verkehr mit den nächsten Angehörigen der Gräfin Mailly in der Intimität mit den beiden Schwestern zu sehen.

Biel leichter als der Minister hätte die Marquise von Ventimiglia ihre blutsperwandten Nebenbuhlerinnen abschaffen können. Daß sie es nicht tut, geschieht weder aus Duldsamkeit, noch aus Mitleid, sie ist zu schlau, kennt die Unbeständigkeit des Königs und die Gefahr der Versuchung, weiß genau, daß sie allein nicht stark genug wäre, alle Intrigen und Aspirationen abzuwehren. Wie von einem dreißigfüßigen Drachen wird Ludwig XV. von den drei Schwestern behütet; die arme Gräfin Mailly weiß sich zu gering, ist dankbar dem jungen Halbgoth, der, von den schönsten Frauen Frankreichs begehrt, sie vor allen erwählte, sie verlangt nicht mehr, als neben ihm bleiben zu dürfen, und ist in ihrer Anspruchslosigkeit der Schwester nützlich, ohne ihr ernstlich im Wege zu sein. Die dritte, die Herzogin von Lauragnais, wird dem König gern nachgesehen, weil eine andere Laune gefährlicher wäre — nur klug und geistreich, nicht schön, wahrst so die Marquise von Ventimiglia auf Kosten der Schwestern ihre heiß umstrittene Stellung.

Im Bunde mit der Schwäche Ludwigs XV. könnte sie eine Macht im Staate werden, käme nicht ein Stärkerer rechtzeitig dem Kardinal de Fleury zu Hilfe. Bei der Geburt ihres ersten Kindes geht sie an der Hilfe der damaligen „Kerze“ zugrunde, stirbt unter so fürchterlichen Qualen, daß ihre Schreie durch alle Stockwerke des Schlosses gellen.

Ihre ärgsten Feinde lernen die Folgen ihres Todes mehr fürchten, als ihre Allmacht sie hätte bedrohen können. Ein Keim der zehrenden Todesangst, die das Alter des Urgroßvaters; Die letzten Jahre Ludwigs XIV. vergiftete, lauert von Kind an auch in Urentel; auf jede ernste Erkrankung und jeden Todesfall in seiner näheren Umgebung reagiert Ludwig XV. mit schweren Depressionszuständen, sein Gewissen erwacht, er bereut sein sündiges Leben, der Gedanke an die eigene Vergänglichkeit erfüllt ihn mit schlotternder Buhfertigkeit.

Als hätte es der Himmel darauf abgesehen, die Wirksamkeit der Natur zu erhöhen, wird der tragische Tod der noch nicht zwanzigjährigen Frau von einem Theatercoup verstärkt: der Reichthümer der Verstorbenen eilt, die Nachricht vom Ableben der Schwester der Gräfin Mailly zu überbringen und — bricht an der Schwelle tot zusammen, bevor er die Trauerbotschaft hätte aussprechen können.

Dieser Herzschlag, wie ein strafender Blitz geschickt, gibt dem König den Rest. Mit Schrecken sieht der ganze Hof das düstere,

zerstörte Gesicht, in allen Ecken roten sich besorgte Gruppen zusammen, die Erinnerungen leben auf an die böse Zeit des Sonnenkönigs, da gleichsam ein Bartuch über Versailles lag, das prunkvollste Schloss des Abendlandes in ein Kapuzinerkloster vermandelt schien. Freilich war Ludwig XIV. damals ein Greis, der in raschem Aufeinander Söhne, Enkel, Urenkel verloren hatte, wie ein vom Blitz verholter Baumstumpf, allein auf dem verholten Grund eines verwüsteten Waldes stand, aber aus einem ganz anderen Ton als der selbstherrliche Autokrat ist der verweichlichte, gemüßlichte Schwächling geknetet! Schauernd maßt man sich aus, was die Furcht aus Ludwig XV. machen könnte, wenn selbst ein Mann wie der Sonnenkönig, nur mehr mit dem Rosenkranz zwischen den Fingern, an der Seite seines Beichtvaters sich bilden ließ, in ewiger Angst um sein Seelenheil, der finsternen Frömmel verfallen, alle Macht im Staate dem Jesuitenorden überließ?

Die Furcht vor sojem Rückfall treibt Minister, Generäle, die ganze Hofgesellschaft, alle hohen Würdenträger und Beamte mit ihren Damen, auf die Suche nach einer rettenden Ablenkung. Im Salon der herüchtigten Madame de Tencin wird großer Kriegsrat gehalten, da erscheint der Marschall von Richelieu, auch „Marschall Cupido“ genannt, der reiche Bankier Paris-Duverney, die ersten Sachverständigen auf dem Liebesmarkt gehen die ganze Wüste der bekannten Schönheiten durch, geeigneten Erfah für die verstorbene Geliebte zu finden. Ein „coup de foudre“ ist nötig, darüber sind alle einer Meinung, nur eine „Liebe auf den ersten Blick kann die Hüterlaune jenseits, den „Frömmelern“ noch rechtzeitig den Wind aus den Segeln nehmen.

Und da geschieht, was auch der schlechteste Schwankdichter nicht das Gesicht hätte, seinem Publikum aufzufischen: als Reiterin betritt die — vierte der Schwestern de Mesles die Bühne! Nicht daß in Paris und Versailles Mangel an schönen Frauen oder gar an Bereitwilligkeit auf diese eine Familie zurückzugreifen zwänge! Bewohre. Jährenschend findet man sich mit der Wahl ab, weil der König, hinter Trauer und Reue vermauert, niemanden empfängt, nur die beiden Schwestern weinen mit ihm um die Tote.

In tiefer Trauer, die ihr wunderbar zu Gesichte steht, erscheint unerwartet die jüngste der fünf Töchter de Mesles bei den Schwestern. Die Ueberraschung ist groß, denn das Schuß- und Trugbündnis des Triumphirats richtete sich nicht zuletzt gegen diese Schwester, die als berühmte Schönheit dem König bewußt untergeschlagen wurde. Sie hat zu dem raschen Bestand der ver-

Gerdland:

Die Wanda und ihre Tochter

Wanda war müde. Ihre Augen brannten, und das Zeit der blutigen Schminke, die ihren Mund zu einer aufgerissenen Wunde machte, konnte den Durst der zerspringenden Lippen nicht zähmen. Wanda ging die Straße, die sie hunderte Male gegangen war, den Weg von ihrer kleinen Stube zum Bohémecafé. Sie war so müde, denn sie hatte den ganzen Tag und den Abend hindurch im grellen Lichtkegel der Japantürken gestanden. Sie hatte ihre erste größere Rolle gespielt. Jetzt war es Nacht, und nun, da sie vorbeiging an den Luxuslokalen und Kaffeehöfen, nun, da sie vorbeiging an den bunten Lichtkegeln, die sprühend die Nacht erhellten, an den Schauständen mit den Photos halberausgeleiteter Frauen, die zum Besuch jodistischer Nadiesouen einladen sollten, an den schrill aufzudenden Plakaten, die die Gastereien mit anormalen Veranlagungen und Leidenschaften den perversten Spielern anpriesen, dachte sie an die Enttäuschungen der letzten Monate und Jahre.

„Zu alt!“ überall hatte man es ihr entgegengekeifert. Die fleischigen, beringten Hände lüsterner Agenten und Revue-theaterdirektoren, die über ihre nackte Haut tasteten, diese gebunnenen, sinnlichen Lippen, die ihr befohlen, die Hände hinter den Kopf zu falten, damit man sehen könne, ob die Brustmuskeln noch „funktionierten“, die Hilfsregisseure, die „keine Experimente wagen“ wollten, die Besucher der Filmboerse, die resignierten Augen und Gebärden der anderen Komparien, die unter den Firmen „Ruffischer Großfürst“, „Hungertyp“, „Sammernaute“ oder „Aristokrat mit Franz-Josef-Bart“ gewandt waren, das alles hatte ihr in aller Stummheit und Stumpfheit ins Gesicht geschlagen: „Zu alt!“ Auch auf der Modellboerse hatte sie keine Beschäftigung mehr gefunden, obgleich die Jungen wußten, daß sie das berühmte Aktmodell der Vorkriegszeit gewesen war, obgleich sie immer noch jenes einst so bezaubernde, heute so abgenutzte Wandalächeln um ihre Lippen legte, das auf großen Gemälden mit den Namenszügen von Akademieprofessoren prangte.

Wanda war müde, denn sie war an diesem Tage im Tonfilm-atelier beschäftigt gewesen. Aber glücklich war sie nicht, wenn sie daran dachte, daß sie noch diese ganze Woche hargieren würde, wenn sie an die Engagements dachte, die sie heute unterschrieben hatte. Sie spielte jetzt alte Frauen! Von heute ab war sie bei den Aufnahmestellen gebüdet als „Alte Künstlerlampe“, „Ausgedientes Modell“, „Grelle Nachtbirne“ und „Kuppelmutter“. Das bedeutete für alle anderen: die Wanda hat Glück, die Wanda braucht nicht auf die Straße, die Wanda kann jetzt ihre Schulden bezahlen! Das bedeutete für sie: sie mußte ihre Angstträume spielen, sie mußte einem Millionenpublikum ihre Qualen und ihre Pein, ihre grauenhafte Furcht vor der Strafe, die Erfüllung ihrer Alpträume von muffigen, lässlich erhaltenen Absteigenern vorführen. Sie mußte: sie spielte diese Charginrollen so froh und so allesbesagend, daß sie bald ein Topp sein würde, um den die Aufnahmestellen sich ebenso reißen würden, wie um den knöchernen Greis mit den Stiefeln und um den Tier-, Kinderstimmen-, Autohupen- und Saxophonimitator. Sie hatte eine unerklärliche, abgründige Angst vor diesen Rollen. Sie immer auf der Grenze zwischen Bizarrerie und Drama lagen, sie hatte Angst vor diesen Rollen, weil sie ihr Schicksal darstellten, das sie erwartet hätte, wäre sie nicht im geeigneten Augenblick auf „alt“ zurechtgemacht auf der Bildfläche erschienen, hätte sie nicht rechtzeitig die Konjunktion des „Zu alt“ aufgenutzt.

Als sie das Café betritt, rafft sie sich zu ihrem Wandalächeln auf. Auch der durchsichtige Schulterschlag, mit dem sie Abend für Abend ihren Stammteller bedeckt, gelingt ihr. Da sitzt sie nun inmitten der auf originell hergerichteten Frauen und Männer, trinkt ihren Kaffee, verzehrt ihre Eier im Glas. Ihr Glück hat sich schon herumgesprochen, und von allen Seiten schwirren die seltsamsten Nachtvögel auf sie zu und beglückwünschen sie.

Und tatsächlich, hier, umgeben von viel überhäutetem Elend, von viel messerlicher Quack, von Menschen, die von Schichten und Leidenschaften gepreßt und getrieben werden, vergißt sie für Minuten die selbstame Tragikomödie ihres Schicksals: ihre Angstträume spielen zu müssen. Sie ist ganz froh, das ehemalige Aktmodell, um dessen taum erblühten, knospigen, jugendlich straffen, weiblich tollgen Körper, um dessen halb kokettes, halb verschämtes Lächeln sich die Maler und ihr

storbene Marquise von Ventimiglia nicht nur den Vergang einer blendenden Erscheinung, sie ist überdies auch Witwe, also jung, schön und frei, eine wesentlich verbesserte Reinform, die, ohne zu sündigen, ihr Herz vergeben darf.

Ludwig XV. enttäuscht das Vertrauen seiner Freunde nicht, er ist sofort entzückt, und sein Feuer wird nur geschürt durch den Widerstand der Hofden, die erst bestimmte Bedingungen erfüllt haben will, ehe sie alle Erwartungen erfüllt. Vor allen weigert sie sich, mit den Schwestern zu teilen, die müssen fort, ganz und gar von der Bildfläche verschwinden, entweder — oder! Kann der König ihr nicht ganz gehören, begnügt sie sich lieber mit dem häßlichen jungen Herzog von Angénois, einem Neffen des Marschalls Richelieu, der als „Marschall Cupido“ die Verhandlungen zu gutem Ende führt. Die schöne Witwe ist nicht so frostbedürftig wie der König, sie hat für ihren Witwenkummer den Viehhaber in Reierne, den sie mit niemandem zu teilen braucht, Ludwig XV. hingegen wird immer dringlicher und muß sich somit fügen; die schöne Witwe erhält den Titel einer Herzogin von Chateaux mit dem dazu gehörigen Herzogtum, und ihre Schwestern müssen Versailles verlassen, mit der schriftlichen Beiseignung der königlichen Ungnade von dem Schauplatz ihrer Triumphe abziehen.

Die arme Gräfin von Mailly kämpft vergebens um ihr Erbschaftsrecht, es hilft auch nichts, daß sie sich in ihrer Verzweiflung an die Königin wendet, und zur allgemeinen Belustigung die Fürsprache der Frau erwirkt, der sie als erste den Gatten entführte. Teils aus Gutmütigkeit, teils aus berechtigter Angst vor der Allmacht der neugewählten viel gefährdeten fünften Schwester, versucht die Königin der Verbannten als Hofdame Zuflucht zu geben, aber der neue Befehl geht gut, nicht einmal der Trost, den Vergötterten zu sehen, wird der gestürzten Schwester gegönnt, sie muß gehen, kehrt aber nicht in die Ehe mit dem Grafen Mailly zurück, wie die Kavaliere zieht sie sich mit der Erinnerung ihrer Größe ins Kloster zurück.

Am gewöhnlichen Volk erregt der „Regierungsantritt“ der vierten Schwester viel Kergernis, man läßt es nicht an boshaften Scherzworten, Chansons und Joten über die häßliche Verderbnis fehlen. Die tiefere Lehre erlöst nur ein kleines, zehnjähriges Mädchen dunkelster Abstammung: es erkennt aus der viel verfallenen, anstößigen Geschichte der Schwestern de Mesles, daß der König von Frankreich ein willensloser Schwächling ist, verfallen jeder Erstbesten, die, ihm in den Weg geschoben, die Gelegenheit zu nützen weiß.

Und so wird nach dem Rezept der Schwestern de Mesles, aus der Tochter des kleinen Steuerbeamten Poisson, das Verhängnis des französischen Königreichs, die allmächtige Marquise von Pompadour.

Publikum rissen, die ehemalige Nadiesfigurantin der großen Shows, die jegliche Charginpielerin im Tonfilm. . .

Und wie immer, in diesen letzten Monaten und Jahren, wenn Wanda sich freut, wenn Wanda oergit und frohe Gedanken hat, schleicht sich auch in dieser späten Nachtstunde, in diesem überfüllten, verräuchernten Café ein Gedanke in den frohen Kreis, den sie noch nie zu Ende gedacht hat, den sie noch nie zu Ende denken durfte. Dieser Gedanke gehört ihrer Tochter. Wanda hat sie nur selten gesehen. Das Kind hat man ihr freigegeben, es wurde in Pflege gegeben. Der Vater . . . Ach, was . . . Wie alt wird sie jetzt sein? Acht, zehn, zwanzig . . .? Ist sie noch Kontoristin bei X. u. Y.? Wagt sie weiß Wanda, auf die Gespräche und Gestalten einzufürmen, daß die Tochter es war, die ihr den Halt gegeben hat, diesen Halt zur Furcht vor der Strafe. Bählich weiß sie: sie kann jetzt zu dem Müdel gehen, kann ihm gerade in die Augen blicken, überoffen können sie zusammen gehen. „Die Wanda und ihre Tochter!“ werden die Leute jagen. Aber es wird nicht böhnisch und nicht herausfordernd klingen. Sondern alle werden wissen: die Wanda hat sich gehalten, sie ist ein ganzer Kerl, sie hat sich ihre Tochter erkämpft und hat sie sich verdient.

Jergend etwas treibt sie hoch. Die Luft ist ihr auf einmal zu stickig. Die Gespräche zu durchstößt mit gewöhnlichen, gemohnheitsmäßigen Joten. Die Parfüms zu süß. Und die Aufmachung der Frauen zu ordinär. Um ihren verschminkten Mund, um ihre immer noch schönen Augen zeichnet sich Ferude ab. Eine Kesse! Ja, eine Kesse mit der Tochter! Für sie ein paar aufnahmefreie Tage, für jene ein kleiner Urlaub vom Büro. Eine Kesse! Der Gedanke erregt sie freudig. Und sie geht. Und — tatsächlich — die Wanda besteigt einen Autobus und fährt, jetzt spät in der Nacht, zu jener Straße deren Name auf dem Absender des letzten Briefes der Tochter stand. Wahrhaftig, die Wanda fährt — Welch unsinniges Vorhaben! — nachts zu ihrer Tochter, die sie seit Jahren nicht mehr gesehen hat. Das Haus wird geschlossen sein. Sie wird die Kleine doch nicht aus dem Schlaf wecken wollen, wo sie doch morgen früh ins Büro muß. Und sie wird keine Verbindung mehr zurück bekommen, wird ein Hotelzimmer mieten müssen. So, so wird es schon sein. Sie weiß ja selbst nicht, was das ist, das sich in ihr zusammenkrampft. Sie will es auch gar nicht wissen. —

Die Straße ist dunkel. Es liegt im Norden. Einige Kandelaber spenden kaltes Licht. Eine Kinoplast freilicht in großen Farben. Das Haus ist offen. Ein Versehen natürlich. Da steht ja auch im Schatten ein Mädchen mit seinem Schah. Die haben die Tür offengelassen. . .

Vielgestaltiges, sicheres Gelächter splittert im Treppenhause, zerschämte Lache ergießt sich aus einer Tür. Wanda steht vor dieser Tür. Sie vergleicht das Schild mit der Adresse, die die Tochter auf dem Absender des Briefes angegeben hat. Eine kleine, lähmende Angst wirgt sie an der Kehle, als schon wieder das Gelächter kirschend zerplittert, schon wieder die grunzende Lache quillt. Und Wanda klingelt. Sofort wird geöffnet. Ein enttäuschtes Gesicht starrt sie an. Ein verfaultes Gesicht, das Herrenbesuch erwartete.

Dann steht die Wanda in einer Diele, die erhellt ist von einer forndumblau verhängten Ampel, die geschwängert ist von Wethrauch, Zigarettenqualm, Alkoholdünsten und schweren, bedrückenden Parfüms. Sie sagt mit einer jäh in ihr aufsteigenden, irrigen Furcht vor einer Antwort, wenn sie sprechen will. Ihre Tochter! Sägt sie drohend hinzu. Da: wieder das Lachen, das heilere, gutturale, dann wieder das schrille Gelächter. Hinter den Milchglasscheiben der Türen, die zur Diele gehen, lockt schmutziges, süßliches Gesurzel.

Das Mädchen, das vor Wanda steht, sagt: „Die Könne nicht sprechen! Det merkeste doch, det se beschäftigt ist!“ Dann geht die Wanda. Sie geht die Treppen hinab. Ihre Augen sind noch vollgelegen von dem penetranten Geruch, ihre Ohren sind betäubt von der zerschämten, johlenden Dirnenlache. Sie ist so müde. Sie ist so alt. . . Sie wird nun keine Furcht mehr haben vor ihren Rollen. Und wenn die Menschen im Kino ein Entsetzen bschleicht, da die Wanda als ekeierregendes Schauspiel auf der Leinwand erscheint, sie wird sich an diesem Entsetzen weiden. . .